

28/1999

Wolfgang Schäuble:

Die Probleme dieses Landes nicht erst morgen lösen

Die CDU hat gestern in Thüringen und bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen großartige Erfolge erzielt. In Thüringen war es in diesem Jahr die erste Landtagswahl, bei der ein Regierungschef der Union zur Wahl stand und von den Wählerinnen und Wählern die absolute Mehrheit erhielt.

Die Sozialdemokraten werden darüber nachdenken müssen, welches Ergebnis für sie schlimmer ist: das in Thüringen oder das in Nordrhein-Westfalen. Egal

**Pressekonferenz nach der
Präsidiums- und
Bundesvorstandssitzung am
13. September in Berlin**

zu welchem Ergebnis sie kommen: sie und ihr Vorsitzender, Bundeskanzler Schröder, sind die Verlierer auch dieses Wahlsonntags.

Ich habe vor einer Woche schon von dieser Stelle aus die Frage gestellt, warum rechtsextreme Gruppierungen ausgerechnet dort Erfolge erzielen, wo die SPD alleine oder zusammen mit der PDS desaströse Ergebnisse der Landespolitik zu verantworten hat?

Fortsetzung auf Seite 3

HEUTE AKTUELL

● Wahlen

Generalsekretärin Angela Merkel: Konstruktive Politik. Seite 5

● Thüringen

Bernhard Vogel: Nach fünf Jahren jetzt wieder mit Stimme im Bundesrat. Seite 6

● NRW

Jürgen Rüttgers: Unser bestes Kommunalwahlergebnis seit Bestehen dieses Landes. Seite 8

● Wahlanalyse

Das Wahlergebnis in Thüringen und seine Bestimmungsgründe. Seite 10

● Klausurtagung

Haushaltswurf 2000 entzaubert Hans Eichel. Seite 16

● Dokumentation

Die Landtagswahl in Thüringen am 12. September. Das vorläufige amtliche Endergebnis. Grüner Teil

● UiD Extra

Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen am 12. September. Das vorläufige amtliche Endergebnis. Innenteil

Kurz & gut

Familie mit dem Beruf vereinbaren

ist eins der Ziele, mit dem sich im August in Düsseldorf und Leipzig die 2. und 3. Expertenanhörung der CDU-Familien-Kommission befaßt hat. Lösungsansätze, die dabei diskutiert worden sind, werden auf dem „Kleinen Parteitag“ am 13. Dezember in eine Neukonzeption der CDU-Familienpolitik eingehen.

Ein Polster von 9,5 Milliarden Mark

hat sich bei der Pflegeversicherung in den letzten Jahren vor allem durch exakte Leistungsbeschreibung gebildet. Ulf Fink, Berichterstatter der CDU/CSU für diese Versicherung: Wir sind gegen jeden Versuch der Schröder-Regierung, diese Finanzreserven aufzulösen.

7,4 Prozent mehr

Empfänger von Meister-BaFöG hat das Statistische Bundesamt 1998 gezählt. Knapp 53.000 Männer und Frauen haben danach zur Finanzierung ihrer beruflichen Fortbildung diese Ausbildungsförderung erhalten – 3.630 mehr als 1997.

Die bedeutendste Innovation

in der Geschichte spurgebundener Verkehrssysteme hat der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Industrie, Ludolf von Wartenberg, den Transrapid genannt. Anlaß: Die Auszeichnung des Designers der Magnetschwebbahn, Alexander Neumeister, im Rahmen einer Veranstaltung der Design-Initiative der deutschen Wirtschaft.

Schlimmer hätte es für Schröder kaum kommen können

Die Kommentatoren sind sich einig: ● "Man kann es drehen und wenden, wie man will: Bei den Landtagswahlen in Brandenburg und

im Saarland hat es nur einen Verlierer gegeben – Gerhard Schröder." (Handelsblatt) ● „Das Hochgefühl jener, die Rot-Grün als die

Zukunft für Deutschland bejubelten, hat nicht einmal ein Jahr gedauert." (Kölnner Stadt-Anzeiger) ● „Auch die Zeit der Machtwörter

des Kanzlers dürfte jetzt vorbei sein – im innerparteilichen Streit über den richtigen Kurs der SPD sowohl wie im Umgang mit dem grünen

Partner. Der läuft nach den neuerlichen Schlappen Gefahr, mit Schröder und der SPD in den Abgrund gerissen zu werden." (Express)

CDU

DAS WICHTIGSTE
DER WOCHE
AUF EINER SEITE

NR.
28

In weniger als einem Jahr hat die Schröder-Regierung den in 1998 einsetzenden Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt verwirkt.

CDU-Generalsekretärin
Angela Merkel

Bernhard Vogel: Stabile Verhältnisse

Wir haben in Thüringen ein gutes Wahlergebnis erzielt – 51 Prozent der Stimmen – und alle 44 Wahlkreise direkt gewonnen. Wie wir aus Befragungen wissen, hat die Mehrheit der Wähler aus landespolitischen Gründen entschieden.

Nach neun Jahren mit wechselnden Koalitionspartnern können wir jetzt allein regieren. Stabile Verhältnisse erreichen, war unser Wahlziel. Das ist uns gelungen.

Die Wähler wollten offensichtlich nicht, dass die PDS an einer Regierung in Thüringen beteiligt ist. Und die SPD ist für ihre unklare Aussage darüber, mit wem sie koalieren wolle, abgestraft worden.

Der Wahlerfolg der CDU führt dazu, dass zum erstenmal nach fünf Jahren Thüringen wieder eine Stimme im Bundesrat hat. Wir werden deshalb allerdings nicht zu allem, was die Bundesregierung dem Bundesrat vorlegt, Nein sagen, sondern – dem Grundgesetz entsprechend – an Regierung und Verwaltung der Bundesrepublik teilnehmen und dabei die Interessen des Freistaats Thüringen vertreten.

Jürgen Rüttgers: Nummer 1 im Land

Ein glanzvoller Tag für die neue CDU im Westen: 50,3 Prozent haben wir bei den Kommunalwahlen erreicht – das beste Kommunalwahlergebnis der CDU, seitdem dieses Bundesland besteht.

Die Wahlverlierer heißen Clement, Münterfering und Schröder. Die erste Botschaft aus dem Ruhrgebiet heißt: Die CDU ist die Ruhrgebietspartei. Bottrop, Gelsenkirchen, Dortmund, Essen, Hagen, Hamm, die Kreise Recklinghausen und Unna – die CDU ist hier stärkste Partei. Die SPD hat ihre absoluten Mehrheiten verloren. Das Ergebnis zeigt: Die neue CDU im Westen liegt mit ihrem Kurs richtig. Mehr Mitwirkung der Bürger, mehr Demokratie vor Ort, mehr kommunale Selbstbestimmung – das haben die Bürger verstanden.

Wolfgang Schäuble: „Herr Schröder denkt schon heute darüber nach, welchen Kabinettsposten er für Herrn Clement und für Frau Simonis im nächsten Jahr freimachen muss.“

Jungwähler für die CDU

Jörg Schönbohm: Das Wahlergebnis in Brandenburg hat gezeigt, dass die Zustimmung zur CDU bei den Jungwählern deutlich zugenommen hat. Das kann man nur damit erklären, dass uns die

größere Zukunftskompetenz zugebilligt wird. Das war nicht immer so. Hier hat unsere an der Sache orientierte Arbeit eine wesentliche Veränderung bewirkt, die für die Zukunft weiter hoffen läßt.

Unbequeme Wahrheit

Peter Müller: Wir haben gesagt: Unser Ziel ist ein lebensfähiges Saarland ohne Steinkohlebergbau. Und es hat sich entgegen den Warnungen von vielen Seiten gezeigt: Die Wähler

innen und Wähler respektieren, dass wir diesen Weg der unbequemeren Wahrheit gegangen sind – vor allem auch diejenigen, die in besonderer Weise mit dem Bergbau verbunden sind.

Fortsetzung von Seite 1

Ich bin deshalb sehr zufrieden, dass die erfolgreiche Landespolitik in Thüringen unter Führung von Ministerpräsident Vogel den Umkehrschluss bestätigt, der in dieser Frage enthalten ist. Die Rechtsextremen haben jedenfalls bei dieser Wahl mit deutlichem Abstand den Einzug in den Landtag nicht geschafft.

Unglaubliche Veränderung

Der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Jürgen Rüttgers hat das gestrige Ergebnis der Wahlen an Rhein und Ruhr mit dem Ergebnis früherer Kommunalwahlen verglichen. 50,3 Prozent der Stimmen für die CDU und 33,9 Prozent für die SPD – das ist eine unglaubliche Veränderung in diesem Land, in dem die Sozialdemokraten so lange regiert haben und nicht mehr lange regieren werden.

Herr Schröder denkt jedenfalls schon darüber nach, welchen Kabinettsposten er für Herrn Clement und für Frau Simonis im nächsten Jahr vorsehen muss.

Das ganze Ausmaß des Erdrutsches in Nordrhein-Westfalen zu Gunsten der Christlichen Demokraten wird schon daran sichtbar: In 28 Kreisen und kreisfreien Städten von insgesamt 54 hat gestern im ersten Wahlgang die CDU den Oberbürgermeister bzw. den Landrat gewonnen und damit in 11 dieser 28 Kreise und kreisfreien Städten SPD-Vorgänger abgelöst. Die SPD hat dagegen von den 54 kreisfreien Städten und Kreisen im ersten Wahlgang gerade einmal drei behauptet – drei Oberbürgermeister.

Die CDU hat 6 Oberbürgermeisterwahlen gewonnen. In 23 Kreisen und kreisfreien Städten finden Stichwahlen statt, weil die erforderliche Mehrheit im ersten Wahlgang nicht erzielt worden ist. In 18 dieser Kreise oder kreisfreien Städte, in denen Stich-

wahlen stattfinden, liegen nach dem ersten Wahlgang die CDU-Kandidaten vorne.

Ein weiterer Vergleich: Die Sozialdemokraten haben 8,4 Prozent gegenüber der letzten Kommunalwahl verloren und 13 Prozent gegenüber der Bundestagswahl. Die CDU hat dagegen 10 Prozent gegenüber der letzten Kommunalwahl dazugewonnen und 16,5 Prozent gegenüber der Bundestagswahl.

Uns stört zunehmend, dass in der öffentlichen Debatte der Eindruck erweckt wird, den die SPD-Spitze natürlich verstärkt, dass es bei der Bewertung der Wahlergebnisse von gestern ausschliesslich um die Frage ginge, wer die Bundestagswahl 2002 gewinnt. Herr Müntefering scheidet ja bereits aus der Bundesregierung wieder aus und soll in die SPD-Zentrale zurückkehren, um die Wahl 2002 vorzubereiten. Auch Herr Schröder redet von nichts anderem mehr, als dass er die Bundestagswahl 2002 gewinnen werde. Und an uns wird, wie ich finde, zu oft die Frage gestellt, was unsere heutigen Erfolge denn nun für das Jahr 2002 bedeuten.

Jetzt und heute

Wenn wir so weitermachen, brauchen wir uns über sinkende Wahlbeteiligung und Wahlmüdigkeit nicht zu wundern. Es kann ja nicht sein, dass wir Politik nur noch unter dem Gesichtspunkt machen: Wann ist die nächste Bundestagswahl?

Die letzte Bundestagswahl liegt noch nicht einmal ein Jahr hinter uns. Herr Schröder ist noch nicht einmal ganze 11 Monate Bundeskanzler. Es geht jetzt und heute um die Politik für Deutschland in den Jahren, die vor dem Wahltermin 2002 liegen. Es geht um Politik in Thüringen. Die Wählerinnen und Wähler haben gerade die Voraussetzung dafür geschaffen, dass Bernhard Vogel und die CDU in den

nächsten Jahren in Thüringen gute Politik machen können.

Die Oberbürgermeister, die Landräte und Räte in Nordrhein-Westfalen können gute Politik für Städte, Gemeinden und Landkreise machen. Und in Saarbrücken werden Peter Müller und die CDU gute Politik für das Saarland machen.

Hier liegen unsere Probleme, und wir müssen uns darum kümmern, dass wir sie so schnell und so gut wie möglich lösen.

Der Auftrag an die Opposition für vier Jahre ist: die Regierung kritisch begleiten und unter den Druck besserer Alternativen setzen. Und je größer die Verantwortung ist, die uns die Wählerentscheidung in der zweiten gesetzgebenden Körperschaft, dem Bundesrat, übertragen hat, desto mehr werden wir Politik in Deutschland unmittelbar mitgestalten.

Es darf nicht sein, dass in Deutschland über drei Jahre lang Wahlkampf geführt wird, nur weil diese Bundesregierung unfähig ist zu regieren und ihren Halt nur noch in der Vorbereitung des nächsten Wahlkampfes sucht.

Was wir brauchen, ist eine bessere Politik für Deutschland und für die Deutschen. Wir brauchen eine Politik, in der vor allem diejenigen Fehler nicht weiter fortgesetzt werden, die zu beklagen sind, seitdem Herr Schröder Kanzler ist.

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt ist rückläufig. Wir haben einen Anstieg der strukturellen Arbeitslosigkeit seit März dieses Jahres. Wir haben 367.000 weniger Arbeitsplätze in Deutschland.

Seit dem Amtsantritt der Regierung Schröder gibt die Bundesanstalt für Arbeit in ihren Monatsstatistiken die Zahl der Beschäftigten nicht mehr aus. Der Grund dafür: Diese Regierung und die Sozialdemokraten erhoffen sich von der rückläufigen Zahl

der Erwerbstätigen – es scheiden mehr Ältere aus, als Jüngere auf dem Arbeitsmarkt nachwachsen – in vier Jahren eine Entlastung bei den Arbeitslosenzahlen um eine halbe Million, ohne dass dieser Zahl eine höhere Beschäftigung zugrunde liegt.

Entscheidend ist: Wir brauchen mehr Arbeitsplätze. Und wir brauchen eine entsprechende Steuerpolitik, die die Rahmenbedingung für Wachstum und Beschäftigung besonders im mittelständischen Bereich verbessert.

Dazu brauchen wir eine Haushaltspolitik, die nicht nur mühsam diejenigen Lächer stopft, die gerade ein paar Monate zuvor gerissen worden sind, sondern die kontinuierlich Ausgabenzuwächse in Bund, Ländern, Gemeinden und in der Sozialversicherung durch sparsames Wirtschaften zurückführt.

Das Programm der Regierung ist zu mehr als einem Drittel ein Verschiebeprogramm, auf dem Ausgaben des Bundes, der Länder, der Sozialversicherung auf Gemeinden verlagert werden. Das führt die Steuer- und Abgabenbelastung so wenig zurück wie die öffentliche Gesamtverschuldung.

Wir brauchen langfristig eine verlässliche Sicherung unserer Altersversorgung mit tragbaren Belastungen, und wir brauchen eine Gesundheitsreform, die durch Anreize zu sparsamem Wirtschaften den Weg in die Zweiklassen-Medizin verhindert und die Krankenversicherungsbeiträge senken hilft.

Alle sollen teilnehmen

Die Strategie der Union für vier Jahre Oppositionsarbeit ist bereits auf dem Erfurter Parteitag festgelegt worden. Das allerwichtigste ist dabei für uns, dass niemand ausgegrenzt wird, sondern alle an der modernen Arbeitswelt, der Welt der Globalisierung teilnehmen können. ▶

Generalsekretärin Angela Merkel:

Wir machen konstruktive Politik

Als „tolles, grandioses Ergebnis“ für die CDU hat Generalsekretärin Angela Merkel den Wahlausgang in Thüringen bezeichnet. Das Resultat der Landtagswahl sei auf „das richtige Rezept“ zurückzuführen gewesen.

Für die Wähler sei es um die Alternative zwischen einem rot-rotem Bündnis und der CDU gegangen. „Die Wähler haben sich dagegen entschieden, daß Herr Dewes mit der PDS zusammen regieren wollte.“ Angela Merkel warnte die SPD davor, mit ihrer Politik Gefahr zu laufen, zwischen einer starken CDU und der PDS zerrieben zu werden.

Die Generalsekretärin dankte den Thüringer Wahlhelfern für ihren Einsatz. Besonders hob sie dabei die Kompetenz und das Ansehen von Ministerpräsident Bernhard Vogel hervor. Es sei ihm zu verdanken, dass das Protestpotential anders als in Brandenburg gering gehalten werden konnte und Rechtsradikale in Thüringen keine Chance hatten.

Scharf kritisierte die Generalsekretärin die fehlende Umsetzung von Schröders Versprechen, den Aufbau Ost zur Chefsache zu machen. „Der von Bundeskanzler Gerhard Schröder als ‘Chef-

Sache’ bezeichnete Aufbau Ost ist für die Menschen zu einer Bedrohung geworden. Sie fühlen sich nicht verstanden. Sie empfinden, dass der Aufbau Ost nicht zur Herzenssache gemacht wird.“ Mit Ökosteuer, Rente und ICE in Thüringen habe die Regierung Schröder die Menschen in Ostdeutschland zusätzlich belastet. „Herr Müntefering hat durch seine Verkehrspolitik in Thüringen dazu beigetragen, dass die Verkehrsprojekte ‘Deutsche Einheit’ nicht mehr glaubwürdig durch die Bundesregierung vertreten werden.“

Man werde, erklärte die Generalsekretärin, vernünftig mit dem Vertrauensvorschuss der Wähler umgehen. Einer Blockadehaltung im Bundesrat durch die Union erteilte sie damit erneut eine deutliche Absage: „Wir werden mitgestalten und nicht blockieren, und wir werden unsere Vorstellungen im Sinne der Bürgerinnen und Bürger, die uns ihr Vertrauen gegeben haben, einbringen. Das ist unsere Politik – konstruktiv und nicht Blockade-Politik.“ Allerdings werde die CDU dort Korrekturen fordern, wo die SPD nicht den richtigen Weg gingen.

● **Deswegen die Reform unseres Sozialstaates**, für die Christian Wulff federführend verantwortlich zeichnet und die wir Schritt für Schritt in konkrete Vorschläge umsetzen.

● **Deswegen die Reform der Familienpolitik**, zu der wir auf unserem Kleinen Parteitag im Dezember dieses Jahres Beschlüsse fassen werden.

● **Deswegen die Schul- und Hochschulreform**, der wir uns auf dem Parteitag im Frühjahr nächsten Jahres widmen werden, die uns Chancen für Wachstum, Wohlstand und soziale Sicherheit auch im kommenden Jahrhundert erschließen soll.

● **Deswegen auch die Reform unseres Staatswesens** mit der Anpassung des Föderalismus an neue Erfordernisse – unter Federführung von Christa Thoben. ■

Bernhard Vogel:

Nach fünf Jahren jetzt wieder mit Stimme im Bundesrat

Wir haben in Thüringen gestern ein gutes Wahlergebnis erzielt – 51 Prozent – und alle 44 Wahlkreise direkt gewonnen. Es ist das beste Ergebnis, das die Thüringer CDU bei Landtagswahlen, Bundestagswahlen, Kommunalwahlen, Europawahlen in den Jahren seit Wiederbestehen des Freistaats erreicht hat.

Wir wissen aus Befragungen, dass die Mehrheit der Wähler aus landespolitischen Gründen entschieden hat. Und wir sind froh darüber, dass wir nach 9 Jahren mit wechselnden Koalitionspartnern nun allein regieren können. Unser Ziel war, stabile Verhältnisse zu erreichen, und das ist uns gestern gelungen.

Die Wähler wollten offensichtlich nicht, dass die PDS an einer Landesregierung beteiligt ist. Und die SPD ist für ihre unklare Aussage vor der Wahl darüber, mit wem sie koalieren wolle, ganz offensichtlich abgestraft worden. Sie ist auf dem dritten Platz mit 18 Prozent der Stimmen gelandet. Zum ersten Mal in einem jungen Land liegt sie hinter der PDS.

Ich sage ganz offen: Am Wahlabend freut das den Wahlkämpfer, aber am Tag danach freut es den Demokraten nicht, dass das so ist. Deswegen glaube ich, dass nach der Wahl in Sachsen und nach der Wahl in Berlin die SPD gut beraten sein wird, sich noch einmal neu mit ihrem Verhältnis zur PDS in den jungen Ländern zu befassen, weil sie sonst mehr und mehr einen Teil ihrer Wählerschaft in die Scheunen der PDS treibt.

Es ist erfreulich, dass von den Verlusten der SPD wir in Thüringen und unsere Freunde in Brandenburg in erheblichem

Umfang profitiert haben. Es ist dagegen unerfreulich, dass die Verluste der SPD immer auch zu deutlichen Zunahmen der PDS geführt haben – auch bei uns gestern.

Im übrigen bleibt festzuhalten: Herr Klimmt hat vor acht Tagen im Saarland die Wahlen mit einem Wahlkampf verloren, der gegen die Bundesregierung gerichtet war – mit einem Minus von grob geschätzt fünf Prozent seiner Wähler. Die SPD Thüringen und deren Vorsitzender Dewes haben einen Wahlkampf mit der Bundesregierung geführt. Das einzige Wahlplakat von Herrn Dewes und Herrn Schröder hatte für die SPD zur Folge, dass sie

Pressekonferenz am 13. September in Berlin

dort, wo es ausing, gleich ein Drittel ihrer Stimmen verlor. Es wird für die SPD zur Regel, dass gegen die Bundesregierung Wahlkampf zu führen weniger folgenreich ist als mit der Bundesregierung.

Was die Rechtsradikalen betrifft, kann ich nur sagen: Wir müssen alles tun, um Rechtsradikalismus zu bekämpfen. Dazu gehört aber auch, dass wir dafür sorgen, dass Protestpotential erst gar nicht entsteht und Versuche mit rechtsextremen Kandidaten nicht aussichtsreich erscheinen.

Die Grünen haben starke Verluste zu verzeichnen. Das liegt natürlich auch an der Aufbausituation in unserem Land. Mit der Aufforderung, Straßen nicht zu bauen, gewinnt man den jungen Ländern wenig Wähler.

Die Aufregung, die es um den Wahlauftritt des FDP-Landesvorsitzenden in den allerletzten Tagen vor der Wahl gab, kann ich nicht recht verstehen. Der stellvertretende Landesvorsitzende und frühere stellvertretende Bundesvorsitzende, Dr. Bohn, war einer Wählerinitiative beigetreten und hatte längst vor dem Aufruf des Landesvorsitzenden in Annoncen dafür geworben, mit beiden Stimmen CDU wählen!

An der Wahlbeteiligung beklagt jeder, dass sie nicht so hoch wie möglich ist. Ich mache aber darauf aufmerksam: Wir hatten vor fünf Jahren am selben Tag auch Bundestagswahlen, und nach allen Erfahrungen ist die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen immer höher. Die Wahlbeteiligung gestern war normal – so wie wir sie beispielsweise im Juni bei den Kommunalwahlen in fast gleicher Höhe hatten. Es gibt im übrigen Belege dafür, dass Nichtwähler nicht nur uninteressierte, gleichgültige, sich von der Politik abwendende Wähler sind. Es gibt auch eine politisch motivierte Nichtteilnahme, wenn man z.B. eine Partei, die man bisher gewählt hat, nicht wiederwählen will, aber den Schritt zu einer anderen Partei noch nicht gemacht hat.

Wir haben einen sehr engagierten und sehr geschlossenen Wahlkampf geführt. Wir haben dabei viel Unterstützung von der Bundespartei gefunden, für die ich auch heute noch einmal herzlich danke.

Das Wahlergebnis führt dazu, dass zum ersten Mal nach fünf Jahren Thüringen wieder eine Stimme im Bundesrat hat. Wir mussten uns fünf Jahre bei allen entscheidenden Fragen der Stimme enthalten, weil das dem Koalitionsabkommen entsprach. Wir können uns jetzt Ende dieses Monats zum ersten Mal wieder als Thüringer im Bundesrat zu Wort melden. Ich wiederhole noch einmal ausdrücklich auch hier: Ich verstehe das Wahlergebnis nicht als Aufforderung, zu allem, was die Bundesregierung im Bundesrat vorlegt, Nein zu sa-

„Es hat so richtig gekracht im Gebälk.“

Der ehemalige Bundeskanzler **Helmut Kohl** zum Ergebnis der Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen

gen, sondern als Aufforderung, dem Grundgesetz entsprechend an Regierung und Verwaltung der Bundesrepublik teilzunehmen und insbesondere die Interessen des Freistaates Thüringen zu vertreten.

Wir sind nicht dagegen, dass der neue Bundesfinanzminister im Gegensatz zu seinem Vorgänger sparen will. Wir sind auch nicht dagegen, dass Reformen durchgeführt werden sollen. Aber wir wenden uns dagegen, dass wesentliche Teile des Sparpaketes die ostdeutschen Länder stärker belasten als die westdeutschen. Und wir wenden uns dagegen, dass bereits gesetzlich beschlossene, für uns lebenswichtige Verkehrsprojekte gestoppt werden, während anderorts in der Bundesrepublik solche Verkehrswege weiter gebaut werden.

In diesem Sinn werden wir uns im Bundesrat verhalten. Ich habe vor, bei der Regierungsbildung dafür zu sorgen, dass wir den Bund unterstützen können. Im letzten halben Jahr sind zu viele Gesetze vorgelegt worden, die nicht durchführbar sind und die – wie gelegentlich gesagt wurde – bereits bei ihrer Verabschiedung korrekturbedürftig waren.

Die Staatskanzleien der Länder tun gut daran, sich der Aufgabe zu widmen, Gesetze in Zukunft vor der Verabschiedung zu korrigieren und durchführbar zu machen.

Ich habe viele Siege und viele Niederlagen erlebt. Gestern war nach meiner Beurteilung ein guter Tag für Thüringen, für die thüringische Union, für die Union in Deutschland, und für mich persönlich war er auch nicht ganz schlecht. ■

Jürgen Rüttgers:

Unser bestes Kommunalwahlergebnis seit Bestehen dieses Landes

Zum Ausgang der Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen erklärte der Landesvorsitzende der nordrhein-westfälischen CDU, Jürgen Rüttgers:

Gestern war ein glanzvoller Tag für die neue CDU im Westen. 50,3 Prozent hat die NRW-CDU bei dieser Kommunalwahl erreicht. Das ist das beste Kommunalwahlergebnis der CDU seit Bestehen des Landes. Es ist das beste Ergebnis, das eine Partei jemals bei einer Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen erreicht hat. Wir haben 10 Prozentpunkte dazugewonnen.

Zum zweiten Mal in Folge sind wir klar die Nummer eins im Land. Bei der Europawahl lagen wir 10 Prozentpunkte vor der SPD, bei der Kommunalwahl liegen wir nun 16,4 Prozentpunkte vor der SPD. Die SPD hat eine schwere Wahlniederlage erlitten. Nach der Europawahl hat sie wieder klar in Nordrhein-Westfalen verloren. Die Wahlverlierer heißen Clement, Müntefering und Schröder. Aus dem Hoffnungstrio ist eine Troika geworden, die die SPD von einer Wahlschlappe in die nächste stürzt.

Die erste Botschaft aus dem Ruhrgebiet heißt nicht: Wir haben die absoluten Mehrheiten der SPD gebrochen. Die Top-Botschaft aus dem Ruhrgebiet heißt: Die CDU im Ruhrgebiet ist die stärkste Partei. Wir sind die Ruhrgebietspartei.

1994 hat die SPD im Ruhrgebiet 51,4 Prozent erreicht. Bei dieser Wahl hat sie nur noch 41,1 Prozent erzielt. Wir haben uns von 32,6 (1994) auf 43,4 Prozent bei der gestrigen Kommunalwahl hochgearbeitet. Die CDU gewinnt im Ruhrgebiet 10,8 Prozent, die SPD verliert 10,3 Prozent. Die CDU ist jetzt die stärkste kommunal-

politische Kraft im Ruhrgebiet. In acht von vierzehn kreisfreien Städten und Kreisen liegt die CDU im Ruhrgebiet vorn. Die CDU ist stärkste Partei in Bottrop, Gelsenkirchen, Dortmund, Essen, Hagen, Hamm und in den Kreisen Recklinghausen und Unna. Die SPD hat von ihren ehemals zwölf absoluten Mehrheiten in den Stadträten und Kreistagen elf verloren. Nur noch in Oberhausen hat sie ihre absolute Mehrheit knapp behaupten können.

Bei diesem Wahlergebnis im Ruhrgebiet ist eines klar. Eine Verwaltungsreform in Nordrhein-Westfalen wird es nur mit ei-

**Ein glanzvoller Tag für die neue CDU im Westen:
Zum zweiten Mal in Folge sind wir klar die Nummer eins im Land.**

nem einheitlichen Bezirk Ruhr geben. Dafür haben sich die Menschen im Ruhrgebiet gestern eindeutig ausgesprochen. Der Ruhrbezirk lebt, die Verwaltungsreform à la Clement ist tot.

Aber nicht nur im Ruhrgebiet haben wir klar gewonnen. Auch in unseren Hochburgen konnten wir unsere Ergebnisse deutlich verbessern. So haben wir zum Beispiel in den Kreisen Olpe und Kleve noch einmal 9,7 Prozentpunkte zugelegt, im Hochsauerlandkreis 8,2 Prozentpunkte und in Paderborn 7,1 Prozentpunkte.

Bei der letzten Wahl hatten wir 20 Oberbürgermeister und Landräte. Jetzt haben wir schon im ersten Wahlgang 28, davon sechs Oberbürgermeister. Das sind doppelt

Auch das Wahlergebnis in NRW ist eine Ohrfeige für Schröder

Zum Ergebnis der Kommunalwahlen in NRW erklärte der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Götz:

Der Ausgang der Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen ist ein grandioser Erfolg für die nordrhein-westfälische CDU und eine schallende Ohrfeige für Bundeskanzler Schröder. Der Wahlerfolg ist das Ergebnis der soliden bürgernahen Arbeit der CDU vor Ort, zum ändern aber auch die QUITUNG für die zahlreichen Fehler der Schröder-Regierung.

In keiner Ruhrgebiets-Großstadt hat die SPD seit dem 12. September noch eine absolute Mehrheit. In der 700.000-Einwohner-Stadt Essen wurde der CDU-Bewerber Wolfgang Reiniger im ersten Wahlgang gewählt. Mit besonderer Spannung werden nun die Stichwahlen vor allem in den Städten Bonn, Köln, Düsseldorf und Dortmund er-

wartet. Unsere Kandidaten liegen vorn, und sie haben gute Chancen, diesen Erfolg am 26. September zu wiederholen. Hierfür müssen noch einmal alle Kräfte mobilisiert werden.

Mit 50,3 % der Wählerstimmen hat die nordrhein-westfälische CDU ihr bisher bestes Kommunalwahlergebnis von 1979 (46,3 %) deutlich übertroffen. Gegenüber der Kommunalwahl vom 16. Oktober 1994 beträgt der Zuwachs exakt 10 %. Die SPD sinkt gleichzeitig um minus 8,4 auf 33,9 %. Gegenüber der Europawahl vom 13. Juni verbesserte sich die CDU noch einmal um 3 %, die SPD verlor weitere 3,4 %.

Die gewonnenen Kommunalwahlen sind das Ergebnis eines großartigen Einsatzes vieler engagierter CDU-Freunde vor Ort und eine hervorragende Grundlage für Jürgen Rüttgers und die Landtagswahlen im Frühjahr 2000.

so viele wie bisher. Diese Zahlen allein sprechen schon für sich.

Das Ergebnis zeigt: Die neue CDU im Westen liegt mit ihrem inhaltlichen Kurs richtig. Mehr Mitwirkung der Bürger, mehr Demokratie vor Ort, mehr kommunale Selbstbestimmung. Das haben die Bürger verstanden. Dafür haben sie die CDU unterstützt. Wir werden jetzt konkret im Landtag einfordern:

- ▶ Eine drastische Herabsenkung der Hürden für kommunale Volksbegehren
- ▶ Die Einberufung von Bürgersammlungen auch durch die Bürger
- ▶ Eine Verwaltungsreform, die einen eigenständigen Bezirk Ruhr vorsieht.

Die Wählerinnen und Wähler haben der SPD gestern auch für ihre unfairen und ungerechte Bundes- und Landespolitik die rote Karte gezeigt. Die NRW-CDU wird die acht Monate bis zur Landtagswahl nutzen, sich weiter inhaltlich zu positionieren. Auf dem Landesparteitag am 4. Dezember 1999 werden wir zu den Themen „Arbeit für alle, Bildung für alle, Innere Sicherheit und Familie“ unsere inhaltlichen Aussagen für die Zukunft des Landes beschließen. Den Reformkurs, den wir eingeschlagen haben, werden wir konsequent fortsetzen. Das Kommunalwahlergebnis ist dabei sowohl Verantwortung als auch Verpflichtung für die neue CDU im Westen. ■

Das Wahlergebnis in Thüringen und seine Bestimmungsgründe

Die Landtagswahl war von massiven Gewinnen der CDU und dramatischen Verlusten der SPD geprägt. Die CDU wird künftig allein regieren. Die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat hat das Wahlergebnis jedoch nicht verkehrt. 30 Länderstimmen können der SPD (ohne Brandenburg) und 28 der CDU zugerechnet werden. 11 Stimmen sind als neutral zu werten (inklusive Brandenburg).

Die CDU hat mit 51,0 Prozent der Stimmen nicht nur die absolute Mehrheit gewonnen, sondern auch ihr bestes Ergebnis bei Landtagswahlen in Thüringen erzielt. Sie verbesserte ihr Vorwahlergebnis um 8,4 Punkte und erreichte 592 Tsd. Wähler. Dies sind – aufgrund der gesunkenen Wahlbeteiligung – 13 Tsd. weniger als bei der Vorwahl. Die CDU hat zwar 23 Tsd. Erststimmen weniger als Zweitstimmen (-1,7 Prozentpunkte), konnte aber dennoch alle Wahlkreise direkt gewinnen. Die CDU wird mit 49 Sitzen im Landtag vertreten sein. Dies entspricht einem Zugewinn von 7 Sitzen.

Die SPD ist der Verlierer der Wahl. Sie verlor 11,1 Prozentpunkte und erreichte nur noch 18,5 Prozent der Wähler (214 Tsd.). Sie hat 205 Tsd. Stimmen verloren. Damit stellt sie nur noch die drittstärkste Fraktion. Die Partei hat ihr absolutes Stimmenpotential etwa halbiert. Die SPD hat ein Erststimmenplus von 3,1 Prozent (35 Tsd. Stimmen). Sie besetzt ihre Landtagsitze jedoch ausschließlich über die Liste. Die SPD wird mit 18 Abgeordneten in den Landtag einziehen. Dies sind 11 weniger als in der letzten Legislaturperiode.

Die PDS konnte das Ergebnis der Vorwahl um 4,8 Prozentpunkte verbessern und ist mit 21,4 Prozent der Stimmen zweitstärk-

ste Partei in Thüringen. Sie erreichte 248 Tsd. Wähler. Dies sind 12 Tsd. mehr als bei der Vorwahl. Damit kann die PDS als einzige Partei, die auch schon bei der Vorwahl antrat, einen Zugewinn an absoluten Stimmen verzeichnen. Die PDS hat geringfügig mehr Erst- als Zweitstimmen erhalten (+0,9 Punkte). Sie erhält 21 Sitze im Landtag (+4).

Bündnis 90/Die Grünen konnten erneut nicht in den Landtag einziehen. Mit einem Wähleranteil von 1,9 Prozent scheiterten sie deutlich. Sie verloren 2,6 Prozentpunkte. In absoluten Zahlen büßten sie 42 Tsd. Stimmen ein. Sie wurden von 22 Tsd.

Wahlanalyse der Konrad-Adenauer-Stiftung – Bereich Forschung und Beratung

Thüringern gewählt. Damit ist ihre Wählerschaft im Vergleich zur Vorwahl um etwa zwei Drittel reduziert. Die Grünen haben ein leichtes Übergewicht an Zweitstimmen (+0,2 Punkte).

Die FDP ist mit 1,1 Prozent zur Splitterpartei geworden. Sie verlor 2,1 Prozentpunkte. Sie konnte nur noch 13 Tsd. Wähler für sich gewinnen. Im Vergleich zur Vorwahl verlor sie fast 33 Tsd. Zweitstimmen. Sie hat mehr Erst- als Zweitstimmen (+10 Tsd.=0,9 Punkte).

Keiner der rechtsextremen Parteien ist der Einzug in den Landtag gelungen. Stärkste Partei ist die DVU, die 3,1 Prozent der Stimmen erhielt (36 Tsd.). Die REP verloren leicht (-0,5 Punkte) und fanden bei 0,8 Prozent der Wähler Unterstützung (9 Tsd. Stimmen). Die NPD, die wie die DVU zum ersten Mal kandidierte, erhielt 0,2

Prozent der Stimmen (=3 Tsd.), wodurch auch sie marginale Splitterpartei bleibt. Auch zusammen wäre den rechtsextremen Parteien der Einzug in den Landtag nicht gelungen. Gemeinsam erreichten sie 48 Tsd. Wähler (4,1 Prozent). Alle anderen Klein- und Splitterparteien blieben bedeutungslos. Insgesamt kamen die sonstigen Parteien (ohne REP und DVU) auf einen Anteil von 2,3 Prozent. Dies entspricht auch der Größe der Vorwahl.

Die Wahlbeteiligung ist um 14,9 Punkte auf 59,9 Prozent gefallen. Es gingen 1.177 Tsd. Thüringer zur Wahl. Dies sind 284 Tsd. weniger als 1994. Dieses Absinken der Wahlbeteiligung kann nicht durch den Rückgang der Wahlberechtigten erklärt werden. Hier ist die Anzahl der Wahlberechtigten sogar angestiegen (+13 Tsd.). Da die letzte Landtagswahl gleichzeitig mit der Bundestagswahl durchgeführt wurde, ist ein zusätzlicher mobilisierender Faktor bei dieser Wahl entfallen. Bei der diesjährigen Europa- und Kommunalwahl vom 13. Juni war die Wahlbeteiligung etwa gleich hoch (58,1 Prozent). Auch bei anderen Wahlen in diesem Jahr ist die Wahlbeteiligung deutlich gesunken (Bürgerchaftswahl Bremen, Europawahl, Landtagswahl Saarland). Von einer besonders niedrigen Wahlbeteiligung kann auch im West-Ost-Vergleich nicht gesprochen werden (siehe auch unter „Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung“).

Wesentliche

Bestimmungsgründe

1. Das beste Landtagswahlergebnis, das die CDU in Thüringen je hatte, wurde in erster Linie von ihrem außerordentlich positiven landespolitischen Erscheinungsbild bestimmt. Für die Hälfte der Wähler war die Landespolitik ausschlaggebend, für ein

Drittel die Bundespolitik. Insofern hebt sich das Thüringer Wahlergebnis von den vorangegangenen Landtagswahlen, in denen der bundespolitische Bestimmungsfaktor höher war, ab. Die Negativeinschätzung der Bundespolitik von rund drei Vierteln der Thüringer hat der CDU zusätzlichen Schub gegeben und vor allem bei jüngeren Wählern mobilisierend gewirkt, während sie demobilisierend für die SPD war.

Drei Viertel aller Thüringer halten Bernhard Vogel für einen guten Ministerpräsidenten, seine Sympathie reicht weit in die SPD-Anhängerschaft (61 Prozent) und sogar in die PDS-Anhängerschaft (43 Prozent) hinein. Im direkten Ministerpräsidenten-Vergleich führte Vogel unmittelbar vor der Wahl mit 68 Prozent gegenüber seinem Herausforderer Dewes mit 22 Prozent.

Die CDU wurde in der Regierungsarbeit der großen Koalition (mit 61 Prozent) weitaus positiver beurteilt als die SPD (24 Prozent). In den vorrangigen Politikfeldern 1. Arbeit, 2. Wirtschaftspolitik, 4. Verkehr sowie 5. Bildung galt die CDU mit deutlichem Abstand als kompetenter als die SPD. Nur in Fragen der sozialen Gerechtigkeit (Rangplatz drei) führten die Sozialdemokraten knapp vor der CDU. Auch in der allgemeinen Zukunftskompetenz lag die CDU deutlich vor der SPD. Die Wahl wurde vom Vorrang wirtschafts- und arbeitspolitischer Probleme bestimmt. Die positive wirtschaftliche Selbsteinschätzung der Thüringer – 51 Prozent halten ihr Land im Vergleich zu den anderen ostdeutschen Ländern für führend – verband sich in hohem Maße mit der Wirtschaftskompetenz der CDU (62 Prozent) gegenüber nur 20 Prozent für die SPD.

Die CDU gewann laut Infratest dimap-Wanderungsbilanz im Saldo rund 63.000 Stimmen von der SPD, 26.000 von der FDP und 17.000 von Bündnis90/Grüne. Durch die geringere Wahlbeteiligung gab sie demgegenüber rund 105.000 Stimmen an das Nichtwählerlager ab.

Die CDU hat besonders hohe Zugewinne (plus rund 18 Prozentpunkte) bei jungen Männern und Frauen (18 bis 24), bei denen sie auf rund 48 Prozent kommt. Der stärkste Rückhalt sind jedoch mit rund 54 Prozent noch immer ältere Wähler über 60, wo sie mit einem Plus von 3 Punkten unterdurchschnittlich zulegen. Fast jeder zweite Abiturient und Hochschulabsolvent wählte die Union. Sie erreicht bei Arbeitern und Angestellten fast 50 Prozent, bei Beamten, Selbständigen und Rentnern die absolute Mehrheit und selbst unter Arbeitslosen kommt sie auf gut 40 Prozent.

Die CDU legt überdurchschnittlich in städtischen Gebieten mit hohen Dienstleistungsanteilen (Erfurt, Weimar, Jena) zu, die meist auch PDS-Hochburgen sind. Sie baut ihre ländlichen Hochburgen weiter aus.

2. In den schweren Verlusten der SPD bündeln sich ebenfalls primär landespolitische, aber auch bundespolitische Faktoren. Der SPD-Spitzenkandidat Dewes hat die SPD-Anhängerschaft mit dem Verzicht auf eine Koalitionsaussage und seinen Avancen an die PDS gespalten und demobilisierend gewirkt. Rund 100.000 bisherige SPD-Wähler gingen nicht zur Wahl, weitere ca. 63.000 wählten CDU, 35.000 PDS. Zugewinne (ca. 15.000) hatte die SPD nur von Bündnis90/Grünen-Wählern. Die Arbeit der SPD in der großen Koalition wurde nur von einem Viertel der Thüringer positiv beurteilt. Die SPD galt mit Ausnahme der sozialen Gerechtigkeit in keinem vorrangigen Politikfeld als lösungskompetent, geschweige denn als zukunfts-kompetent. Eine SPD-geführte Landesregierung hielten nur 20 Prozent für „besser“, auch nur die Hälfte der SPD-Anhänger waren dieser Meinung. Schließlich galt Dewes nur für ein Fünftel der Thüringer als ein guter Ministerpräsident, selbst in der eigenen Anhängerschaft waren es nur ca. 40 Prozent. Die Negativeinschätzung der Bundespolitik, insbesondere die

Ablehnung der ICE-Trasse durch Thüringen trug weiter dazu bei, daß viele der SPD den Rücken kehrten.

Die SPD verliert in allen Altersgruppen, am stärksten bei jüngeren und mittleren Jahrgängen zwischen 25 und 59 Jahren. In den Altersgruppen von 18 bis 34 kommt die SPD nur noch auf einen Anteil von rund 16 Prozent, bei über 60jährigen auf rund 26 Prozent. Unter Arbeitern verliert sie rund 11 Punkte, bei Arbeitslosen 20.

Die SPD verliert überdurchschnittlich in Gebieten mit mittlerer Bevölkerungsdichte (südlich Erfurt, Altenburger Land, Gotha).

3. Die PDS hat auch in Thüringen, wie in allen neuen Ländern, nur ein schwaches Kompetenzprofil. Allein in Fragen der „sozialen Gerechtigkeit“ trauen ihr 17 Prozent, also weniger als ihr Wähleranteil, etwas zu. Dies verweist einmal mehr darauf, daß die PDS primär aus Gründen des Protestes gegen Land und Bund und aus ideologischer Gesinnung gewählt wird. Fast die Hälfte ihrer Anhänger hält sich für Verlierer der Einheit. Sie gewann im Saldo 35.000 Stimmen von der SPD, weitere ca. 9.000 von Bündnis90/Grüne und konnte im übrigen ihre bisherigen Anhänger stärker als alle anderen Parteien mobilisieren.

Die PDS hat bei Jungwählern (18 bis 24 Jahre) verloren, aber in den Altersgruppen über 25 Jahre, insbesondere in den Altersgruppen 45 bis 59 Jahre überdurchschnittlich (8 Punkte) zugelegt. Sie gewinnt unter Arbeitern und Arbeitslosen.

Die PDS legt vor allem in ländlichen Wahlkreisen zu, bleibt aber in Städten stärker als im Land. In den vier größten Städten (Erfurt, Gera, Jena, Weimar) ist sie zweitstärkste Partei.

4. Die DVU kam nur auf 3,1 Prozent. Es gelang der Partei offenbar nicht, das rechtsextreme Protestpotential von rund 8

Bernhard Vogels Triumph

Das ist ein Traumergebnis für Bernhard Vogel und wohl auch die Krönung seiner politischen Laufbahn: Die von ihm geführte CDU kann in Thüringen künftig alleine regieren. Der 66-Jährige hat damit weit mehr geschafft als die von ihm angestrebte strategische Mehrheit, die eine Koalition von SPD und PDS verhindern sollte. Die aber hing wie ein Damoklesschwert über der Thüringer Landespolitik. Das trug dazu bei, dass die CDU ihre Anhänger offensichtlich weit besser als die Sozialdemokraten motivieren konnte, zur Wahl zu gehen. Der PDS gelang das ebenfalls. Die Rechten bleiben zersplittert und sowohl zusammen als auch jeweils

für sich ohne Einfluss. Die niedrige Wahlbeteiligung schlägt voll gegen FDP, Grüne durch – und in erster Linie gegen die SPD: Sie hat gegenüber der letzten Landtagswahl fast jeden zweiten Wähler verloren. Ob das nur eine weitere Ohrfeige für die Bundespolitik ist oder auch eine Quittung für das Lavieren zwischen CDU und PDS, kann erst die Einzelanalyse zeigen. Ein vernichtendes Urteil ist es allemal. Sicher aber haben die Thüringer mit ihrer Entscheidung vor allem die persönliche Glaubwürdigkeit Bernhard Vogels honoriert. Eine überzeugende politische und menschliche Ausstrahlung spielt in den neuen Bundesländern eine weit größere Rolle als in den alten.

Tagesspiegel

Prozent in Thüringen für sich zu mobilisieren. Die DVU, die erstmals antrat, gewann Stimmen von allen Parteien, vor allem aber von bisherigen Nicht- sowie von Erstwählern. Dieser Zuwachs folgt dem bekannten Muster, nach dem sie bei jungen Männern mit 13 Prozent besonders gut abschneidet. Sie profitierte von den SPD-Verlusten unter Arbeitern und Arbeitslosen überdurchschnittlich.

5. Bündnis90/Grüne blieben im Vorfeld der Wahl weithin farblos, das ökologische Thema spielt in der politischen Prioritätenskala auch in Thüringen kaum eine Rolle. Nicht zuletzt wirkte der negative Bundestrend demobilisierend. Bündnis90/Grüne gaben etwa gleichermaßen an CDU und SPD (je ca. 16.000 Stimmen), leicht an die PDS sowie an das Nichtwählerlager (ca. 10.000 Stimmen) ab.

6. Das Abschneiden der FDP ist am Ende stark von dem Aufruf ihres Landesvorsitzenden bestimmt worden, mit der Zweitstimme CDU zu wählen, um ein rotes Bündnis zu verhindern. Tatsächlich

verlor die FDP die weitaus meisten (Zweit)Stimmen (rund 26.000) an die CDU, weitere 9.000 an das Nichtwählerlager. Bereits im Vorfeld der Wahl mangelte es der FDP, die 1994 aus dem Landtag herausgefallen war, an Themen und Persönlichkeiten, zumal ihre klassische mittelständische Klientel in Thüringen schmal ist und zudem erfolgreich von der CDU angesprochen wird.

7. Die Wahlbeteiligung ist mit 59,9 Prozent zwar gegenüber der Vorwahl, als sie mit der Bundestagswahl verknüpft war, um fast 15 Prozent gefallen. Sie ist für eine Landtagswahl aber keineswegs besonders niedrig, dies gilt im Ost- wie im Westvergleich. So betrug die Wahlbeteiligung in Brandenburg Anfang September 1999 54 Prozent, bei den Landtagswahlen in Hessen im Februar 1999 66 Prozent, in Nordrhein-Westfalen 1995 64 Prozent und in Sachsen 1994 58 Prozent. Der Rückgang der Wahlbeteiligung hat mit Ausnahme der DVU, die 1994 nicht antrat, und der PDS allen genannten Parteien Stimmen gekostet. Stark überdurchschnittlich ging er zu Lasten der SPD. ■

Arbeitsbeschaffungsmaßnahme à la Schröder

Anlässlich der Berufung des abgewählten saarländischen Ministerpräsidenten Reinhard Klimmt zum neuen Verkehrsminister erklärte Generalsekretärin Angela Merkel:

Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat Gerhard Schröder trotz „Chefsache“ bisher nichts erreicht. Die Zahl der Arbeitslosen liegt immer noch über 4 Millionen. Aber für abgewählte Ministerpräsidenten findet Schröder sehr schnell wieder einen Posten. Treibt ihn da das schlechte Gewissen?

Je stärker ihm und seiner verfehlten Politik der Wind ins Gesicht bläst, um so stärker wirft er das Personalkarussell, in seiner Partei und in seinem Kabinett an. Gerhard Schröder besetzt sein Kabinett nicht nach Fachkompetenz. Das ist symptomatisch für die Schröder-Politik. Das neue Schröder-Team mutiert zu einer Art Altenteil abgewählter Ministerpräsidenten. Reinhard Klimmt wollte im Bundesrat gegen Eichels Sparpläne stimmen, nun kann er im Kabinett zeigen, ob dies nur Wahlkampfgetöse war. Es wird sich zeigen, ob Klimmt den Mut hat, die geplanten tief-

greifenden Einschnitte bei wichtigen Infrastrukturvorhaben insbesondere in den neuen Ländern zu verhindern.

Nach der Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für Eichel und Klimmt stellt sich die Frage, welche Aufgaben im Bund demnächst auf Heide Simonis und Wolfgang Clement warten.

Missliebiger Kritiker mundtot gemacht

Zur Berufung von Reinhard Klimmt zum Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen erklärte die Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Hannelore Rönsch:

Die Berufung des abgewählten saarländischen Ministerpräsidenten Reinhard Klimmt zum Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen ist eine weitere Episode im Schröderschen Ministerpräsidenten-Recycling. Dieses durchsichtige Manöver hat kein anderes Ziel, als einen missliebigen parteiinternen Kritiker mundtot zu machen.

SPD-Politiker Jens: Klimmt-Nominierung hat „verheerende Wirkung“

Die Nominierung des abgewählten saarländischen Ministerpräsidenten Reinhard Klimmt zum Bundesverkehrsminister hat Kritik auch in den Reihen der Sozialdemokraten hervorgerufen. Diese Entscheidung von Bundeskanzler Gerhard Schröder habe eine „verheerende Wirkung“ auf die normalen Mitglieder der Bundestagsfraktion, sagte der Bundestagsabgeordnete Uwe Jens der Chemnitzer „Freien Presse“. An die Parlamentarier ergingen ständig Appelle, die Regierung zu unterstützen, und nun werde einer Bundesminister, der genau das Gegenteil getan habe.

Was Schröder mit dem investitions- und infrastrukturpolitisch äußerst bedeutenden Ressort macht, ist ungeheuerlich. Dieses Ministerium hätte eine durchsetzungsstarke und fachlich versierte Persönlichkeit an der Spitze verdient. Stattdessen findet dort jetzt ein Politiker Zuflucht, der sich bewusst gegen die Politik der Bundesregierung profiliert hat und schon deshalb Schwierigkeiten haben wird, zukunftsfähige Entscheidungen im Verkehrs- und Baubereich am Kabinettsstisch durchzusetzen.

Unter diesen Umständen ist es unwahrscheinlich, dass die schon von Müntefering eingeleiteten Einbrüche bei den Verkehrsprojekten Deutsche Einheit – Beispiel: ICE Nürnberg-Erfurt-Halle-Leipzig-Berlin – aufgefangen werden können oder für den Bau der Transrapidstrecke endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden. Schröders Personalkarussell blockiert eine sinnvolle Verkehrs- und Wohnungsbaupolitik.

Kabinett der Verlierer

Als „politisch instinktlos“ bezeichnete der Landesvorsitzende der nordrhein-westfälischen CDU, Jürgen Rüttgers, das Einverständnis von Clement und Müntefering zur Entscheidung von Bundeskanzler Schröder, Klimmt zum Bundesverkehrsminister zu berufen. Rüttgers erklärte dazu:

Die Zustimmung von Clement und Müntefering ist schlecht für Nordrhein-Westfalen. Aus Parteiräson haben Clement und Müntefering den Interessen von Nordrhein-Westfalen schwer geschadet. Die marode NRW-SPD ist nicht mehr im Bundeskabinett vertreten. Clement hat abgelehnt, sich für die Berufung eines Ministers aus Nordrhein-Westfalen einzusetzen. Das ist ein Armutszeugnis für die NRW-SPD. Nach Clements Ansicht gibt es also in der NRW-SPD keinen Politiker, der über genügend Sach- und Fachkunde

für ein Bundesministeramt verfügt. Ein schlechteres Zeugnis kann man seiner eigenen Partei nicht ausstellen.

Die Entscheidung von Schröder ist gut für Clement. Nun weiß er, dass Landtagswahlverlierer ins Bundeskabinett berufen werden. Schröder baut ein Kabinett der Verlierer.

Schlechte Wahl

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer (Hamburg), erklärte zur Benennung des neuen Bundesministers für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen:

Herr Klimmt als Bundesverkehrs- und -bauminister ist eine schlechte Wahl. Deshalb haben wir die Entscheidung von Bundeskanzler Schröder mit größtem Bedauern zur Kenntnis genommen. Das Verkehrs- und Bauressort steht nach einem knappen Jahr in SPD-Hand und einer stetigen Folge von Mißerfolgen vor einem Berg von Problemen und einem unverantwortlichen Kahlschlag im Haushalt, vor allem auch in den kommenden Jahren. Herrn Klimmt als abgewählten Ministerpräsidenten ohne Amt jetzt als Versorgungsfall ausgerechnet in diesem Ressort unterzubringen, zeigt klar, wie wenig Bundeskanzler Schröder seinen Amtseid „zum Wohle des deutschen Volkes“ ernst nimmt.

Sammelstelle

„Wie lange dauert es, bis Heide Simonis und Wolfgang Clement hierher kommen.“

CSU-Landesgruppenchef Michael Glos zum Aufrücken der abgewählten SPD-Ministerpräsidenten Hans Eichel und Reinhard Klimmt ins Bundeskabinett

Haushaltsentwurf 2000 entzaubert Hans Eichel

Zum Ergebnis einer Klausurtagung der AG Haushalt der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erklärte deren haushaltspolitischer Sprecher, Dietrich Austermann:

Zur Vorbereitung der bevorstehenden Haushaltsberatungen im Deutschen Bundestag fand eine Klausurtagung der Unions-Haushälter statt. Das Ergebnis der Beratungen läßt sich wie folgt zusammenfassen:

Hans Eichel spart im Jahr 2000 bisher nur 1,9 Mrd DM

Ein Teil der veröffentlichten Meinung Deutschlands hat Hans Eichels „Sparprogramm“ vielfach begeistert wie unkritisch aufgenommen. Die Faszination des angepeilten Sparvolumens von 30 Mrd DM hat bislang fast jede kritische Nachfrage und Überprüfung erstickt.

Der jetzt im Bundestag zur Beratung anstehende Entwurf für das Jahr 2000 offenbart: Die Gesamtausgaben sinken gegenüber 1999 um lediglich 7,5 Mrd DM; gleichzeitig weist der Haushaltsentwurf sogenannte ‚Globale Minderausgaben‘ in einem Volumen von 5,6 Mrd DM aus, so daß lediglich die Differenz, nämlich 1,9 Mrd DM an konkreten Einsparungen benannt werden können. Das sind noch nicht einmal 7 Prozent des angepeilten Volumens von 30 Mrd DM!

Die Union wird in den anstehenden Haushaltsberatungen fordern, daß die globalen Minderausgaben im Einzelnen ausgeplant werden, d. h. daß die in diesem Rahmen beabsichtigten Einsparungen dem Parlament konkret benannt werden.

Hans Eichel saniert den Bundeshaushalt mit den Steuern der kleinen Leute

1998 wurde die Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt erhöht; die Mehreinnahmen sollten der Rentenversicherung zufließen, damit die Beitragssätze abgesenkt werden können. Mit der gleichen Zielsetzung hat die rot-grüne Bundesregierung die Öko-steuer eingeführt. Beide Steuern zusammen bringen im Jahr 2000 fast 34 Mrd DM in die Bundeskassen. Aber nur etwas mehr als die Hälfte dieses Betrages, nämlich 17,8 Mrd DM, überweist der Bund als zusätzlichen Bundeszuschuss an die Rentenversicherung. Die andere Hälfte benutzt Hans Eichel klammheimlich zur Sanierung des Bundeshaushalts, den Rot-Grün im laufenden Jahr im Konsumbereich um über 30 Mrd DM aufgeblasen hat.

Hans Eichels Haushaltsentwurf bringt nichts für die Beschäftigung

Die Steuer- und Abgabenlast wird nicht abgebaut, sondern nimmt weiter zu. Die beschäftigungsfördernden Investitionsausgaben im Bundeshaushalt 2000 und im Finanzplan bis 2003 gehen weiter zurück. Dabei wird der Gesamtbetrag der Investitionen 2000 in Höhe von 57,6 Mrd DM nur deshalb erreicht, weil der Ansatz für die Gewährleistungen, die buchhalterisch zu den Investitionen zählen, um 900 Mio DM heraufgesetzt wurde. Hans Eichels Haushaltsentwurf reiht sich bruchlos ein in die übrigen beschäftigungsfeindlichen Aktivitäten der Bundesregierung -

ich erinnere nur an die Gesetzgebung zur Scheinselbstständigkeit und zu den 630-DM-Jobs.

Auch für den Bürger keine Entlastung

Die von Rot-Grün vor wenigen Monaten beschlossene steuerliche Entlastung der Familien und alle steuerlichen Entlastungsmaßnahmen im sog. „Zukunftsprogramm 2000“ zusammengenommen entlasten die Bürger 2000 um gerade rund 6 Mrd DM. Das ist nur etwa ein Drittel der Mehreinnahmen aus der Ökosteuern. Alles in allem werden deshalb die meisten Bürger, und auch die meisten Familien, im Jahr 2000 insgesamt mehr Steuern und mehr Beiträge zahlen als im Jahr zuvor.

Die Konjunktur im rot-grünen Würgegriff

Die rot-grüne Politik bringt weder den Unternehmen noch den Bürgern Entlastungen. Rot-Grün nimmt die Konjunktur von der

Angebots- und von der Nachfrageseite her in den Würgegriff. Obwohl überall in Europa das Wachstum anzieht, geht es in Deutschland dramatisch bergab – von 2,8 vH Wachstum in 1998 auf vermutlich nicht einmal 1 Prozent im laufenden Jahr.

Gegensteuern heißt das Gebot der Stunde

Die Unions-Haushälter haben beschlossen, der verhängnisvollen Politik von Hans Eichel und Gerhard Schröder energisch gegenzusteuern. Sie werden – in Kooperation mit den unionsregierten Ländern im Bundesrat – nachdrücklich dafür kämpfen, dass

- die beschäftigungswirksamen Investitionen im Bundeshaushalt ansteigen, und nicht zur Finanzierung eines sozialistischen Konsumrauschs gekürzt werden;
- Ausgaben nicht auf andere verschoben, sondern an allen Stellen des Bundeshaushalts soweit wie möglich echt gespart wird – insbesondere im konsumtiven Bereich. ■

Jeder dritte 630-Mark-Beschäftigte im Gastgewerbe kündigte

Nach der Einführung der neuen 630-Mark-Regelung haben nach Angaben des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (Dehoga) rund 37 Prozent der Minijobber in der Branche gekündigt.

Das ergab eine bundesweite Umfrage des Verbandes unter 825 Betrieben mit rund 37.200 Mitarbeitern. Insgesamt hätten 5.280 Beschäftigte ihren Minijob aufgegeben, sagte Geschäftsführerin Ingrid Hartges der Nachrichtenagentur ADN. Demgegenüber stünden nur 384 neue sozialversicherungspflichtige Voll- oder Teilzeitverhältnisse. Am stärksten von der neuen Regelung sei-

en Unternehmen in den alten Ländern betroffen, da hier viele der auf 630-Mark-Basis Beschäftigten zusätzlich einen Hauptjob hätten, betonte die Geschäftsführerin. Über die Hälfte der befragten Unternehmen gleiche den Verlust durch mehr Überstunden aus. Andere reduzierten Öffnungszeiten oder stellten den Betrieb von Service auf Selbstbedienung um.

Aufgrund des größeren bürokratischen Aufwands müssten viele Unternehmen zusätzlich auf Steuerberater zurückgreifen. Dadurch seien den Betrieben Mehrkosten von insgesamt 4,4 Millionen DM entstanden.

Familienförderungsgesetz wird seinem Namen nicht gerecht

Zu dem in erster Beratung behandelten Entwurfs eines Gesetzes von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zur Familienförderung erklärte die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hannelore Rösch:

Die Bezeichnung des Gesetzesentwurfs als Familienförderung ist eine erneute vollmundige Augenwischerei der rot-grünen Koalition. Im wesentlichen verbirgt sich hinter dem Entwurf die zwingend erforderliche Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts. Dieses hatte festgestellt, dass zum familiären Existenzminimum auch der Betreuungsbedarf der Kinder gehört, dass die Leistungsfähigkeit der Eltern insofern gemindert ist und dass eine Besteuerung des Einkommens in Höhe des Betreuungsbedarfs nicht erfolgen darf. Der vorgelegte Gesetzesentwurf beseitigt in erster Linie nur die steuerliche Benachteiligung von Familien. Eine Förderung ist dies nicht.

Kindergeld hat auch steuerentlastende Funktion

Soweit darüber hinaus eine leichte Erhöhung des Kindergeldes – um 20 DM für erste und zweite Kinder – vorgesehen ist, muss zunächst berücksichtigt werden, dass das Kindergeld zu einem Teil auch die genannte steuerentlastende Funktion hat. Eine Erhöhung ist also notwendig, damit das Kindergeld überhaupt noch einen fördernden Bestandteil hat.

Auf die besondere Situation von Familien mit mehr als zwei Kindern wird bei der Kindergelderhöhung keine Rücksicht genommen. Weiterhin kritisieren auch Al-

teinerziehendenverbände den Entwurf. Da passt es ins Bild, wenn die sogenannte Familienförderung maßgeblich vom Finanzminister und nicht von der Bundesfamilienministerin bestimmt wird.

Steuererhöhungen drohen

Im übrigen darf nicht vergessen werden, dass in diesen Tagen eine weitere Belastung gerade auf die Familien zukommt. Mit dem gleichzeitig beratenen rot-grünen Entwurf eines Gesetzes zur Fortführung der Ökosteuerreform drohen Erhöhungen der Benzin- und der Stromsteuer.

Geplatze Seifenblasen

Zu den Überlegungen der Bundesregierung, Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe bei Familien zu kürzen erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Kues:

Jetzt rächen sich die Luftbuchungen im Sparpaket von Finanzminister Hans Eichel. Der Versuch, einen großen Teil der Lasten auf Sozialversicherungen, Länder und Kommunen abzuwälzen, ist wie eine Seifenblase geplatzt. Es geht der Bundesregierung nicht um intelligentes Sparen, sondern um schlichtes Abkassieren bei den Arbeitslosen.

Statt bei Arbeitslosen mit Kindern planlos zu kürzen, sollte Bundesminister Walter Riester lieber daran gehen, strukturelle und langfristig tragfähige Reformen anzugehen, um Bezieher von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe wieder besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Verkehrsprojekte Deutsche Einheit müssen zügig verwirklicht werden

Der Bundesfachausschuss Strukturpolitik der CDU hat in seiner Sitzung am 9. September zum Kahlschlag bei den Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur den beiliegenden Beschluss gefasst und dabei insbesondere die zügige Verwirklichung der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit angemahnt. Dazu erklärte die Vorsitzende des Bundesfachausschusses, Christa Thoben:

Zur Verwirklichung des Ziels der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse in Ost und West ist es ein absolutes Muss, dass die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit nicht angetastet werden. Sie sind wesentliche Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufschwung. Wirtschaftsförderung kann nur dann erfolgreich sein, wenn die Verkehrsströme bewältigt werden können. Täglich neue Hiobsbotschaften aus dem Bundesverkehrsministerium über fehlende Milliarden-Summen lassen für die Verwirklichung der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit – und damit insgesamt für die „Chefsache Aufbau Ost“ – jedoch das Schlimmste befürchten.

Nach der skandalösen Entscheidung zum Baustopp der ICE-Trasse Nürnberg-Erfurt-Berlin – ein elementarer Bestandteil des europäischen Infrastrukturleitplanes – sollen nun auch die weiteren Verkehrsprojekte Deutsche Einheit überprüft werden. Wenn die Rede davon ist, dass Verkehrsprojekte neugewichtet, zurückgestellt, auf unbestimmte Zeit gestreckt oder dem tatsächlichen Bedarf angepasst werden müssen, ist dies nur eine schöne Umschreibung dafür, dass damit zumindest ein Gutteil dieser Verkehrsprojekte beendet werden soll. Dies würde einen schweren Schlag für den wirtschaftlichen Transformationsprozess Ostdeutschlands bedeuten.

Der faktische Baustopp passt weder ins Bild der von Rot-Grün angeblich gewollten „Priorität für den Aufbau Ost“ noch bedeutet er eine „Optimierung der Verkehrsplanung“, wie der Bundesverkehrsminister vorgibt, von der angestrebten Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene ganz zu schweigen. Hierdurch erfahren das Land Thüringen und insbesondere die Stadt Erfurt deutliche Nachteile, da z. B. alle Planungen für das Güterverkehrszentrum Erfurt ausdrücklich auch auf der ICE-Anbindung der Landeshauptstadt basieren.

Des Weiteren werden potenzielle Investoren und solche, die sich schon im Freistaat Thüringen und den neuen Bundesländern

Beschluss des Bundesfachausschusses Strukturpolitik vom 9. September

insgesamt angesiedelt haben, verunsichert und wird die wirtschaftliche Entwicklung ernsthaft gefährdet. Statt für eine moderne Infrastruktur zu sorgen, stellt die Schröder-Regierung die neuen Bundesländer aufs Abstellgleis.

Der Bundesfachausschuss Strukturpolitik spricht sich entschieden dafür aus, dass die von der CDU-geführten Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen weiterhin zügig umgesetzt werden, weil gerade eine gute Infrastruktur eminent wichtig für die Wettbewerbsfähigkeit Ostdeutschlands ist.

In diesem Zusammenhang betont der Bundesfachausschuss die dringende Notwendigkeit, über Möglichkeiten für mehr private Finanzierung bei der Verkehrsinfrastruktur nachzudenken. ■

Ungarns Freiheitswillen hat die Überwindung der Spaltung Deutschlands und Europas ermöglicht

Zum 10. Jahrestages der Ausreisegenehmigung für DDR-Flüchtlinge am 10. September 1989 durch die damalige ungarische Regierung, erklärte der Parteivorsitzende Wolfgang Schäuble:

Heute vor zehn Jahren, am 10. September 1989, hat die ungarische Regierung gegen den Protest des SED-Regimes Tausenden von DDR-Flüchtlingen die Ausreisegenehmigung in den Westen erteilt. Damit hat die ungarische Regierung einen entscheidenden Beitrag zum Fall des eisernen Vorhangs zwischen Ost und West geleistet. Der Freiheitsdrang der Menschen siegte über Mauer und Stacheldraht. Wir haben den Freiheitswillen und den Mut der Ungarn nicht vergessen. Die Völker Mittel- und Osteuropas empfanden zu recht die friedlich erkämpfte Freiheit als „Rückkehr nach Europa“, denn nicht nur die Trennung Deutschlands, sondern die des ganzen europäischen Kontinents war erzwungen und widernatürlich. Nun haben wir zum ersten Mal in der Geschichte die Chance, Europa in Frieden und Freiheit Schritt für Schritt politisch zu einen. Dieser Jahrhundertaufgabe bleibt die CDU verpflichtet.

Beitrittsverhandlungen beschleunigen

Anlässlich des 10. Jahrestages der Grenzöffnung durch Ungarn erklärte der Europapolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Hintze:

Vor zehn Jahren hat Ungarn an einem Tag die Mauer, die Europa teilte, zum Einsturz gebracht. Klarer als manche Westeuropäer

haben die Ungarn erkannt, dass die Europäische Union auf Freiheit, Demokratie und Grundwerte gebaut ist.

Ebenso mutig und entschlossen, wie Ungarn damals handelte, muss jetzt auch die Europäische Union mutig und entschlossen den Beitritt der mitteleuropäischen Reformstaaten voranbringen. Noch in diesem Jahr müssen die Verhandlungen auch in den schwierigen Kapiteln wie beispielsweise der Landwirtschaft eröffnet werden. Ungarn und die anderen Beitrittskandidaten müssen enger als bisher und auf fester rechtlicher Grundlage an den Entscheidungsprozessen zur Asyl- und Einwanderungspolitik, zu Europol und zum Schengen-Abkommen beteiligt werden.

Signal für die Zukunft

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Luther, erklärte anlässlich seines Besuches in Budapest:

Deutschland ist Ungarn zu großem Dank verpflichtet. Ein kleiner Schnitt in den eisernen Vorhang: Ein großer Schritt in Deutschland und Europa. Wir dürfen dabei die Zukunft nicht vergessen: Ungarn hat einen Anspruch darauf, dass Deutschland sich für einen zügigen und verlässlichen Beitritt Ungarns zur EU einsetzt. Wir brauchen ein weiteren Schnitt in den Zaun der EU-Osterweiterung. Als Delegationsleiter des Bundestagsausschusses Neue Länder in Budapest werde ich mich hierfür in Gesprächen mit Mitgliedern des EU-Integrationsausschusses der ungarischen Nationalversammlung in Budapest einsetzen.

Kulturpolitik unter Reformdruck

Die Perspektiven der Kulturförderung

Norbert Lammert, kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf einer Fachkonferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema „Kulturpolitik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert“.

Kulturpolitik in Deutschland muss über die klassische Aufgabe der Förderung von Kunst und Kultur hinaus an der Schwelle zum 21. Jahrhundert Entwicklungen aufgreifen, die nationale Erfahrungen in neue globale Kontexte bringen:

Wandel der Industriegesellschaften zu Informations- und Kommunikationsgesellschaften, der Epochenbruch 1989/90, die Europäische Integration, die multikulturelle Zusammensetzung der Gesellschaft, Entwicklung moderner Informationstechnologien, Pluralisierung von Lebensstilen und Individualisierung. Die Kulturpolitik muss insbesondere die unterschiedlichen Erfahrungen aus 40 Jahren liberaler und autoritärer Politikerfahrung im geteilten Deutschland bzw. 10 Jahre Wiedervereinigung reflektieren.

Die CDU lädt zu einer umfassenden Diskussion über die künftige Kulturpolitik in Deutschland ein. Dazu will die CDU mit der Erarbeitung eines neuen kulturpolitischen Programms beitragen, mit dem die Leitsätze zur Kulturpolitik fortgeschrieben werden, die 1989 – vor der Wiedervereinigung – verabschiedet wurden.

Für das Selbstverständnis wie für die Außerdarstellung des wiedervereinigten Deutschlands ist es von erheblicher Bedeutung, ob und wie wir unsere Identität als Kulturnation gerade auch im gesellschaftlichen Diskussionsprozess begreifen und im kulturellen Austausch mit unseren Partnern insbesondere in der Europäischen Gemeinschaft zur Geltung bringen.

Kultur-, Bildungs- und Medienpolitik müssen als aufeinander bezogene, nicht zu trennende Politikbereiche verstanden werden, die nicht nur durch ökonomische Interessen geprägt sein können, sondern grundsätzliche Fragen stellen nach den notwendigen Voraussetzungen der Informationsgesellschaft, die sich zugleich als Kulturnation versteht und erkennbar bleiben muss.

Gemeinsame Aufgabe aller öffentlichen Haushalte

Kunst- und Kulturförderung ist eine gemeinsame Aufgabe aller öffentlichen Haushalte, an der Bund, Länder und Kommunen in unterschiedlicher Weise mitwirken. Die von der neuen Bundesregierung vorgenommenen Neuordnung und Bündelung der bundesstaatlichen Kulturaufgaben mit der Ernennung eines Beauftragten der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und Medien löst weder die offenen Fragen kulturpolitischer Orientierungen und Prioritäten noch das besondere Verhältnis von Bund und Ländern im Bereich der Förderung von Kunst und Kultur. Notwendig ist offensichtlich eine Überprüfung und ggf. Weiterentwicklung der kulturpolitischen Zuständigkeiten und Förderungen von Bund und Ländern im Sinne einer klaren Zuordnung kulturpolitischer Verantwortung.

Für die grundsätzliche kulturpolitische Orientierung der CDU Deutschlands stelle ich folgende Thesen zur Diskussion:

Kunst, Kultur und Medien überschreiten zwar zunehmend nationale Grenzen, sie sind gleichwohl Grundlage nationaler kul-

tureller Identität. Aus der Kunstfreiheit als Verfassungsauftrag des Grundgesetzes sowie aus der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes und gemäß Einigungsvertrag versteht sich die Bundesrepublik Deutschland als Kulturstaat. Kulturpolitik ist deshalb auch eine besondere sensible Gestaltungsaufgabe des Staates, die von Bund, Ländern und Gemeinden sowohl gemeinsam wie eigenverantwortlich wahrzunehmen ist.

Ein freiheitlicher Staat, der die Freiheit der Kunst in seiner Verfassung ausdrücklich garantiert, muss inhaltliche Vorgaben und Festlegungen vermeiden und zugleich Entwicklungsmöglichkeiten für Kunst und Kultur eröffnen. Aufgabe des Staates ist es also, die Rahmenbedingungen sicherzustellen, die künstlerisches Schaffen und kulturelles Wirken sowie die Wahrnehmung kultureller Angebote ermöglichen. Dabei ist die Sicherung der Freiheit der Kunst noch vor der Bereitstellung finanzieller Mittel die herausragende Verpflichtung des Staates, der in dieser Aufgabe durch niemanden zu ersetzen ist.

In einem System überwiegend staatlicher Bildungsinstitutionen gibt es auch eine staatliche Verantwortung für kulturelle Bildung. Kulturelle Bildung ist Voraussetzung jeglicher Identitätsbildung in individueller wie gesamtgesellschaftlicher Hinsicht. Sie ist eine besondere kulturpolitische Verantwortung der Länder, aber auch der Gesellschaft von der Familie bis zu den Vereinen und Verbänden.

Die Veränderungen in Kunst und Kultur, Bildung und Medien sowie diesen Bereichen nahe Wirtschaftszweige schaffen nicht nur neue Kulturberufe, sondern beeinflussen auch herkömmliche berufliche Tätigkeiten. Deshalb sind neue Anstrengungen zur Qualifizierung in diesen Feldern erforderlich.

Die unbestrittene besondere Verantwortung der Länder und der Kommunen ins-

Deswegen ist für mich der Auftrag an den Staat, Kulturstaat zu sein, vor allem andern der Auftrag, die Garantie auf freie Selbstentwicklung beständig einzulösen. Wertgebundene Freiheit in einem solchen pluralistischen Gemeinwesen bedeutet Vielfalt, nicht Beliebigkeit. Der Kulturstaat, wie ich ihn verstehe, will eine reiche sinnstiftende Kulturlandschaft, die möglichst viele Menschen zum Teilhaben und zum Mitmachen anregt. Der Blick auf unsere Geschichte macht deutlich, wie sehr Kultur einem Gemeinwesen zur Herausbildung bzw. Selbstvergewisserung seiner Identität dient. Kultur dient damit zugleich der Stabilität wie auch der Erneuerungskraft einer Gesellschaft. Deswegen unterstützt die CDU die Kulturpflege als identitäts- und sinnstiftende Investition in eine menschenwürdige Zukunft unserer Gesellschaft.

**Wolfgang Schäuble auf dem
Zukunftsforum Kulturpolitik der
CDU am 2. Juli in Weimar**

besondere in der Kulturförderung wird durch ein stärkeres kulturpolitisches Engagement des Bundes nicht nur nicht beeinträchtigt, sondern im Ergebnis gestärkt. Die ausdrückliche Mitverantwortung des Bundes sichert den Ländern die Gestaltungschancen, denen die Bundesrepublik Deutschland ihre im internationalen Vergleich beeindruckende kulturelle Vielfalt und Vitalität im wesentlichen verdankt.

Kulturförderung nicht auf Hauptstadtförderung reduzieren

Der Bund ist zur Sicherung einer flächendeckenden Versorgung mit Kultureinrichtungen wie Theatern, Orchestern, Museen, Volkshochschulen etc. weder verpflichtet noch in der Lage. Allerdings ist er zur Si-

cherung des Erhalts von Kultureinrichtungen und Denkmälern von herausragender nationaler und internationaler Bedeutung nicht nur legitimiert, sondern als Kulturstaat geradezu verpflichtet. Der Bund muss sein Selbstverständnis als Kulturstaat in einer besonderen Weise in seiner Hauptstadt deutlich machen. Aber ein Kulturstaat, der dem Kulturföderalismus nicht nur durch Verfassungslage und lange Tradition verpflichtet ist, darf Kulturförderung des Bundes nicht auf Hauptstadtförderung reduzieren.

Auch die Europäische Gemeinschaft darf sich nicht nur als großer, durch Wettbewerbsregeln geordneter Binnenmarkt von Gütern und Dienstleistungen verstehen. Die Länder Europas besitzen eine gemeinsame kulturelle Tradition, die sie gemeinsam pflegen und weiterentwickeln müssen. Dies muss auch in der Definition von Aufgaben in der Europäischen Kommission wie im Europäischen Parlament zum Ausdruck kommen. Wichtiger als die Dotierung europäischer Kulturprogramme ist die Wahrung und Durchsetzung der Kulturklauseln in den europäischen Verträgen, die sich insbesondere bei der Behandlung alter und neuer Medien (Buchpreisbindung, Urheberrecht u.a.) bewähren muss.

Kulturpolitik und Kulturförderung bedürfen einer soliden Grundlage, das heißt umfassender und vor allem aktueller Daten. Diese sind zur Situation der Kultur- und Medienwirtschaft, zur sozialen Lage von Künstlern und Medienberufen sowie Verwertern unzureichend. Dies gilt auch für die Qualifizierung dieser Berufe bzw. den Qualifizierungsbedarf. Auch die Lage der Kulturinstitutionen und ihres Managements ist nicht transparent genug.

Wesentliche Aufgaben der Kulturpolitik sind die Sicherung der Freiheit kultureller Entwicklung sowie der kulturellen Grundversorgung, die Pflege des kulturellen Erbes, die Innovationsförderung sowie die

Förderung der kulturellen Bildung. Die zur Verwirklichung dieser Aufgaben vorhandenen kulturpolitischen Instrumente müssen überprüft und neue innovative Instrumente entwickelt werden. Die Entwicklung von Kunst und Kultur ist aber auch entscheidend von allgemeinen rechtlichen Rahmenbedingungen, wie dem Steuerrecht, Arbeits- und Sozialrecht und Urheberrecht bestimmt. Auch diese Rahmenbedingungen müssen immer wieder auf ihre kulturellen Wirkungen hin überprüft und zur Förderung von Kultur verbessert werden.

Wir werden eine gründliche kulturpolitische Diskussion in Deutschland führen müssen

Vor dem Hintergrund der Überschuldung aller öffentlichen Haushalte muss dabei auch die Frage beantwortet werden, was wir uns welche kulturellen Leistungen kosten lassen wollen und wer diese bezahlen soll – die öffentlichen Hände oder aber die private Nachfrage. Je enger die Finanzspielräume der öffentlichen Hand werden, desto wichtiger wird die Neugestaltung eines modernen Stiftungs- und Stiftungssteuerrechts. Dabei muss klar sein, dass die erwünschte Verstärkung privaten Engagements zur Förderung von Kunst und Kultur nicht den Rückzug des Staates aus seiner besonderen auch finanziellen Verantwortung legitimieren darf.

Kunst und Kultur werden stärker als bisher das Leben in der Bürgergesellschaft prägen. Dem entspricht, dass Ehrenamt und gemeinschaftliches Engagement neue Formen und neue Bedeutung für das Gemeinwesen erhalten. Wir wollen durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit für das Ehrenamt, Vernetzung, Qualitätssicherung, Forschung und Innovation die Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit und das Interesse an bürgerschaftlichem Engagement weiter erhöhen.

Die Kulturpolitik und die Kulturförderung der rot-grünen Bundesregierung haben einen hohen Anspruch, aber keine Perspektiven. Der Haushaltsentwurf 2000 setzt weder positive Akzente noch zeichnet er innovative kulturpolitische Konturen. Und für die vorgesehenen massiven Kürzungen bei der Kulturförderung des Bundes hätte es der spektakulären Installierung eines besonderen Beauftragten der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien im Range eines Staatsministers nicht bedurft. In der mittelfristigen Finanzplanung sieht die Regierung Schröder bis zum Jahre 2003 einen Rückgang der innerstaatlichen Kulturförderung um 220 Millionen DM von 1,8 Milliarden DM auf 1,58 Milliarden DM vor und der Auswärtigen Kulturpolitik um 114 Millionen DM von 1.15 Milliarden DM auf 1.04 Milliarden DM. Kulturpolitik hat im Kanzleramt nicht mehr die politische Unterstützung und nicht mehr den politischen Stellenwert, wie unter der Regierung Kohl.

Von den Kürzungen, die oftmals gegen getroffene Absprachen und sogar förmliche Vereinbarungen mit den Ländern vorgenommen werden sollen, sind fast alle wichtigen Programme und Institutionen betroffen:

- Aufbauprogramm „Kultur in den neuen Ländern“;
- Kultur- und Forschungseinrichtungen wie das Deutsche Museum München;
- das Römische-Germanische Zentralmuseum Mainz oder
- das Deutsche Bergbaumuseum Bochum;
- Festspiele und Orchester wie die Bayreuther Festspiele, die Bamberger Symphoniker, die Philharmonia Hungarica;

- und nicht zuletzt auch die Stiftung Weimarer Klassik.

Die überproportionalen Kürzungen (um mehr als 12% innerhalb eines Jahres) bei der Kulturförderung nach §96 Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz auf 43,4 Mio DM widerlegen den Anspruch einer Neukonzeption dieser für Deutschland nach dem Fall des eisernen Vorhangs so wichtigen und verdienstvollen Kulturarbeit in Mittel-, Ost- sowie Südosteuropa. Die als Reorganisation mit Synergieeffekten verkaufte Zentralisierung bedeutet letztlich die Zerschlagung gewachsener Vielfalt. Die Bundesregierung setzt sich ungerührt über die Proteste hochrangiger ausländischer politischer Repräsentanten aus diesen Regionen hinweg, die eine Führung gewachsener Kulturarbeit erwarten. „Absonderlich“ (Michael Naumann) ist nicht die auffällige Steigerung dieser wichtigen Aufgabe nationaler Kulturpolitik in den Jahren der unionsgeführten Bundesregierung, sondern dieser Hinweis als Begründung für ihre Kappung.

Der Anspruch der Koalition – festgehalten in der Koalitionsvereinbarung: „Die neue Bundesregierung wird der Kultur in der Bundespolitik einen neuen Stellenwert geben.“ – wird auch in der Auswärtigen Kulturpolitik nicht erfüllt. Dabei ist es für das Selbstverständnis wie für die Außendarstellung des wiedervereinigten Deutschlands von erheblicher Bedeutung, ob und wie wir unsere Identität als Kulturnation gerade auch im gesellschaftlichen Diskussionsprozeß begreifen und im kulturellen Austausch mit unseren Partner insbesondere in der europäischen Gemeinschaft zur Geltung bringen.

Haushaltskürzungen gefährden die Arbeit der Goethe-Institute

Die im Entwurf für den Bundeshaushalt 2000 vorgesehene Kürzung um 32 Millionen auf 1,126 Milliarden gefährdet nicht

nur die Arbeit in vielen Programmen, sondern ganz konkret auch Einrichtungen des Goethe-Instituts im In- wie im Ausland. Von besondere Tragweite sind die Kürzungen im Haushalt der Deutschen Welle, die schon im Haushalt 1999 30 Millionen DM weniger bekam. Für das Jahr 2000 ist eine weitere Streichung von 54 Millionen vorgesehen, dieses Minus soll sich bis 2003 auf 89 Millionen DM steigern. Die Bundesregierung übernimmt damit die Verantwortung nicht nur für die Entlassungen von hochqualifiziertem Personal, sondern auch für die Schließung von ganzen Programmen, an denen die Bundesrepublik ausdrücklich ihr besonderes Interesse erklärt hat.

Innerstaatliche und Auswärtige Kulturpolitik sind keine Reservate schutzbedürftiger Politikbereiche, die nicht angetastet werden dürfen. Doch wäre es nicht nur sinnvoll, sondern auch notwendig gewesen, solche Kürzungen auf konzeptionelle Neuorientierungen zu stützen. Eine solche gründliche Bestandsaufnahme der über Jahrzehnte hinweg gewachsenen Kultur-

politik und -förderung des Bundes ist insbesondere unter Berücksichtigung der Situation der öffentlichen Haushalte unvermeidbar. Sie muss zur Klärung von Prioritäten in der Kulturförderung des Bundes führen. Die mehr oder weniger pauschale Kürzung der Haushaltsansätze ersetzt offensichtlich nicht den konzeptionellen Handlungsbedarf.

Die vom Beauftragten der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien vorgelegte Agenda 1999 ist eine kultur- und medienpolitische Fleißarbeit: sie listet die kulturpolitischen und kulturfördernden Aktivitäten des Bundes säuberlich auf und gibt zu erkennen, mit welchen finanziellen Mitteln in den einzelnen Bereichen in den nächsten Jahren zu rechnen ist. Diese Agenda kann aber keinesfalls die von den Koalitionsfraktionen in der Koalitionsvereinbarung angekündigte vollständige Bestandsaufnahme der kulturpolitischen Aktivitäten des Bundes binnen Jahresfrist und die ebenfalls vorgesehene Überprüfung aller kulturpolitischen Maßnahmen sein.

Wieder Kopfnoten in Niedersachsen

Nach anderen Bundesländern will auch Niedersachsen wieder Zeugnisnoten für das Verhalten und die Leistungsbereitschaft der Schüler einführen.

Die niedersächsische Kultusministerin Renate Jürgens-Pieper kündigte einen Erlass an, mit dem die vor 25 Jahren abgeschafften so genannten Kopfnoten für „Beteiligung am Unterricht“ und „Verhalten in der Schule“ ab dem Schuljahr 2000/2001 in moderner Form wieder eingeführt werden sollen.

Der Erlass, zu dem Elternvertreter und Lehrerverbände noch Stellung nehmen

können, sieht in allen Zeugnissen der Sekundarstufe I Bewertungen der Leistungsbereitschaft und des Sozialverhaltens in der Schule vor.

Nach Angaben der Kultusministerin sollen dabei die traditionellen von „sehr gut“ bis „ungenügend“ reichen Noten durch fünf neue standardisierte Formulierungen ersetzt werden. So solle die Leistungsbereitschaft niedersächsischer Schüler künftig im Zeugnis mit Formulierungen wie „verdient besondere Anerkennung“, „entspricht den Erwartungen im vollem Umfang“ oder „entspricht nicht den Erwartungen“ bewertet werden.

Die deutsche Präsidentschaft in der Europäischen Union:

Fehlansage im Bereich der inneren Sicherheit, Asyl-, Flüchtlings- und Ausländerpolitik

Anlässlich der Anhörung des in der neuen Kommission für Recht und Inneres vorgesehenen Kandidaten Antonio Vitorino vor dem Europäischen Parlament ziehen CDU-Rechtsexperten Bilanz zur deutschen Ratspräsidentschaft in diesem Bereich. Staatssekretär a.D. Prof. Dr. Schelter, Mitglied der Fachkommission Europa des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ), erklärte dazu:

Die letzten Monate des Jahres 1998 nach der Wahl haben gezeigt: Kaum eine Präsidentschaft wurde mit so großen Erwartungen, aber auch mit so viel Skepsis verbunden, wie die der Bundesrepublik Deutschland im ersten Halbjahr 1999. Denn die Herausforderungen gerade im Bereich der Innenpolitik waren noch nie so groß, die Voraussetzungen für einen großen Schritt nach vorne noch nie so gut. Das Problembewusstsein, der unbedingte Wille zu weiteren notwendigen Integrationsschritten und die Lösungskompetenz waren aber zugleich noch nie so gering.

Auf allen Gebieten hatten die Mitgliedstaaten der Europäischen Union erwartet, dass der große, erfahrene Partner Deutschland den Problemstau entschlossen anpacken und beseitigen würde, wie dies der letzten Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 1994 so erfolgreich gelungen war.

Die neue Bundesregierung hatte – so wollte es die Regie des Zufalls – für eine Wiederholung dieses Erfolges eine geradezu ideale Ausgangslage: Sie hielt alle Fäden

für eine erfolgreiche Politik gerade auf diesem Gebiet in der Hand:

- ▶ Vertrag von Amsterdam in Kraft,
- ▶ gute, sorgfältige Vorarbeit durch die Regierung Kohl,
- ▶ Präsidentschaft in der Europäischen Union,
- ▶ Vorsitz in der Gemeinschaft der Schengen-Staaten,
- ▶ Präsidentschaft in der WEU und
- ▶ Vorsitz bei den G8-Staaten.

Aber die Last der Verantwortung, die Erwartungen der Partner und das Sonderproblem Kosovo haben offensichtlich gelähmt, statt Kräfte frei zu setzen. Und so geriet das erste Halbjahr 1999 zu einer großen Enttäuschung für alle, die sich den großen Durchbruch auf dem Gebiet der europäischen Innenpolitik erwartet hatten. Die Ergebnisse beschränken sich auf die leichte Ernte dessen, was vor vielen Jahren mit großen Mühen gesät worden ist:

- ▶ Europol nimmt unter der Leitung eines deutschen Direktors endlich seine Arbeit auf.
- ▶ Die Visaliste wird weiter harmonisiert.
- ▶ Schengen geht in der Europäischen Union auf.

So hinterlässt die deutsche Präsidentschaft ihrer Nachfolgerin in Helsinki fast alle wirklich drängenden Probleme ungelöst:

- Von einer Lastenteilung bei der Aufnahme von Flüchtlingen, die diesen Namen verdient, sind wir weiter entfernt denn je.

● Die Chance, dieses Problem mit den Forderungen einiger Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission nach einer Regelung der vorübergehenden Aufnahme von Flüchtlingen zu verklammern, wurde verspielt.

● Eurodac, das System zur Erfassung von Fingerabdrücken von Asylbewerbern, steht noch immer auf dem Papier. So bleibt der massenhafte Missbrauch des Asylrechts durch Illegale, die den Zugang zu ihrem Wunschland erzwingen wollen, weiterhin ungelöst.

● Die für einige unserer Partner in der Europäischen Union lästigen, aber letztlich erfolgreichen Initiativen der früheren Bundesregierung, dem Geist des Dubliner Abkommens auch in der Asylpraxis zum Durchbruch zu verhelfen, wurden eingestellt. Die Klage darüber, dass es Italien nach wie vor nicht besonders ernst meint mit seinen Verpflichtungen, Illegale zurückzuführen, statt sie nach Deutschland weiter zu reichen, klingt hilflos und resignativ. So wird die notwendige Solidarität in einem „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ nicht entstehen.

Kluge Initiativen der deutschen Präsidentschaft an der Schwelle zum Vertrag von Amsterdam sind nicht erkennbar – sie wären so nötig gewesen:

● **Was wird** aus Europol? Wann gibt es die neuen, operativen Befugnisse für das Europäische Polizeiamt? Wie sehen sie aus?

● **Wo bleibt** die Offensive gegen die Organisierte Kriminalität? Wann gibt es wirklich aussagekräftige Lagebilder für die Europäische Union? Wann werden wir mehr wissen über die Kriminalgeographie auf einzelnen Deliktfeldern?

● **Was wird** aus dem SIS? Wann werden das Vereinigte Königreich und Irland über ihre Mitarbeit entscheiden?

● **Wo bleibt** die weitere Integration in der grenzpolitischen Arbeit? Haben gemeinsa-

me Streifen an den Außengrenzen der Europäischen Union eine Zukunft? Brauchen wir nicht sogar eine multinationale, gemeinsame Grenzpolizei an unseren Außengrenzen auf dem Land, in den Häfen und auf den Flughäfen?

● **Auch die größte Herausforderung**, die in der Europäischen Union derzeit auf die Regierenden wartet, blieb durch die deutsche Präsidentschaft fast unbeachtet. Die Erweiterung der Europäischen Union nach Osten und um Malta und Zypern hat aber – neben vielen anderen Problemen – auch einen sehr wichtigen Aspekt im Bereich der inneren Sicherheit:

Die Europäische Union greift mit den vor uns liegenden Erweiterungen nach Osten in einen Bereich aus, der bis vor einem Jahrzehnt fest in einem völlig anderen Gesellschaftssystem verankert war. Die Bewerberstaaten sind Herkunfts- oder Transitländer für Organisierte Kriminalität und illegale Migration.

Die Sicherheit in der Europäischen Union beginnt deshalb an den östlichen Grenzen unserer Nachbarn im Osten. Wo ist aber der permanente Druck auf Beitrittsstaaten und Europäische Kommission, wo ist die stetige gemeinsame Arbeit mit auf unseren Nachbarn zur Verbesserung ihrer polizeilichen und grenzpolizeilichen Arbeit geblieben? Es darf keinen diplomatischen Rabatt geben im Bereich der inneren Sicherheit!

Die neue Bundesregierung hat auf der europäischen Ebene des Feldes der inneren Sicherheit, des Ausländer-, Asyl- und Flüchtlingsrechts die Erwartungen nicht erfüllt. Versäumtes ist schwer nachholbar.

Die Bürger in Deutschland, aber auch in unseren Partnerstaaten, fragen sich, warum wir uns nicht der Verantwortung gestellt haben, die dem größten Mitgliedstaat der Europäischen Union mit den größten Problemen im Bereich der internationalen Organisierten Kriminalität zukommt. ■

Rot-grüne Regierung hat die Vertriebenen bitter enttäuscht

In diesem Jahr werden zum 50. Male Hunderttausende deutscher Heimatvertriebener im ganzen Bundesgebiet in Hunderten von Veranstaltungen erneut ihre ungebrochene Treue zur Heimat bekunden.

Bereits vier Jahre nach Flucht und Vertreibung, in Elendsquartieren hausend, haben die deutschen Heimatvertriebenen 1950 in ihrer Charta von Stuttgart-Bad Cannstatt dazu aufgerufen, erlittenes Unrecht gemeinsam mit den östlichen Nachbarstaaten zu überwinden – ohne Rache und Vergeltung. Dazu sind die Heimatvertriebe-

**Zum 50. Tag
der Heimat**

nen bereit und darin liegt die Perspektive für eine gedeihliche Zukunft der Heimatgebiete. Das ganze deutsche Volk ist ebenso wie unsere östlichen Nachbarn dazu aufgerufen, das Recht auf die Heimat in zukunftsgerichteten Formen zu verwirklichen. An vorderster Stelle ist hier die Bundesregierung gefordert.

Die Vertriebenen, die auf einen fairen Dialog mit der neuen Regierung gesetzt haben, werden bitter enttäuscht. So hat Bundeskanzler Schröder durch den mit dem tschechischen Ministerpräsidenten vereinbarten „Schlussstrich“ unter das Thema der offenen Vermögensfragen deutlich gemacht, dass ihn die Belange der von den Folgen des Zweiten Weltkrieges besonders betroffenen deutschen Mitbürger überhaupt nicht interessieren. Man betrachte, so Bundeskanzler Schröder, die Vertreibung als „abgeschlossene historische Epoche“.

Der kaltschnäuzige Umgang der rot-grünen Bundesregierung mit den Belangen der Vertriebenen läßt sich an verschiedenen Punkten festmachen. So wurde die Kulturförderung nach § 96 BVFG aus der ehemaligen Vertriebenenabteilung des Bundesinnenministeriums herausgelöst und diese Aufgabe dem Staatsminister im Bundeskanzleramt, Naumann, übertragen.

Dessen Ziel ist es, die Kulturarbeit der Vertriebenen zu entprivatisieren, d.h. in der Praxis den Vertriebenenverbänden die Mittel zu entziehen, die hauptamtlichen Kulturreferenten zurückzuführen und

**Von Helmut Sauer (Salzgitter),
Bundesvorsitzender der
Ost- und Mitteldeutschen
Vereinigung, Union der
Vertriebenen und Flüchtlinge**

staatlich verordnetes Kulturdenken durch eine zentralistische Institution zu fördern. Anstelle privat organisiertem Föderalismus mit hohen ehrenamtlichen Engagement wird nunmehr staatlich aufoktrozierter Zentralismus mit geringeren Mitteln gefördert. Während die rotgefärbten Landesregierungen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen sich auf dem Rückzug in Sachen Förderung und Bewahrung des kulturellen Erbes der Heimatvertriebenen befinden, gestalten CDU-geführte Länder wie Baden-Württemberg und Bayern, Thüringen, Sachsen und nun auch Hessen eine vorbildliche Politik für Vertriebene.

Auch bei der grenzüberschreitenden Arbeit sendet die neue Bundesregierung falsche Signale. So zeugen die geplanten

Doppelte Belastung der Landwirte bei der Alterssicherung

Zu den vorgesehenen Veränderungen der Bundesregierung bei der landwirtschaftlichen Alterssicherung erklärte der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heinrich-Wilhelm Ronsöhr:

Die Bundesregierung spielt bei der landwirtschaftlichen Alterssicherung offensichtlich mit verdeckten Karten. Neben der vorgesehenen Kürzung der Bundesmittel in Höhe von über 400 Mio. DM jährlich alleine bei der Alterskasse verschweigt sie wohl absichtlich, dass die tatsächliche Belastung für die betroffenen Landwirte beträchtlich höher ausfällt. Die Landwirte haben nicht nur mit einer er-

heblichen Beitragserhöhung von bis zu über 160 % innerhalb eines Jahres zu rechnen. Sie müssen darüber hinaus durch die verzögerte Renten-anpassung weitere Kürzungen in Höhe von über 250 Mio. DM jährlich in Kauf nehmen.

Beitragserhöhung und Rentenkürzung unzumutbar

Mit einer Beitragserhöhung und einer Rentenkürzung erfährt die deutsche Landwirtschaft eine unzumutbare Doppelbelastung. Dies ist nicht zum ersten Mal. So ist die Landwirtschaft bei der Ökosteuer 30mal so hoch wie vergleichbare Bereiche belastet.

Kürzungen der finanziellen Mittel für die deutschen Volksgruppen und Minderheiten im Ausland ebenso wie die Schließung deutscher Auslandsvertretungen in Oppeln, Stettin, Temeschwar und Appenrade von mangelnder Sensibilität gegenüber den in der Heimat verbliebenen Deutschen. Hier wird das von CDU-geführten Bundesregierungen aufgebaute Vertrauen zu den außerhalb des Bundesgebietes lebenden Deutschen bewusst zerschlagen.

Geschlossenheit angezeigt

Bezeichnend ist auch die Umbenennung der Vertriebenenabteilung in eine: Abteilung für Sport, Spätaussiedler und Hilfen für Osteuropa! Folgt nun die „geistige Vertreibung“?

Dieses für die Vertriebenen fatale Ergebnis haben aber auch all jene Scharfmacher mitzuverantworten, die in den Verbänden durch unsachliche Agitationen gegen die damalige Bundesregierung Stimmung ge-

macht, zur Wahlenthaltung aufgerufen haben und radikale Splittergruppen wider besseren Willens unterstützen. Das sind ähnliche Kräfte, die versuchen, mit unrealistischen Parolen Unruhe zu stiften. Dabei ist heute beim 50. Tag der Heimat nicht Zerrissenheit, sondern Geschlossenheit nach innen und außen angezeigt.

Die in der OMV der CDU/CSU organisierten Vertriebenen und Aussiedler arbeiten mit im Bund der Vertriebenen und seinen Landsmannschaften. Sie unterstützen das vom BdV initiierte „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin und fordern auf, es finanziell und organisatorisch zu fördern. Deutschland braucht in Berlin eine zentrale Informations-, Dokumentations-, Archiv- und Begegnungsstätte über den Leidensweg der 15 Millionen Vertreibungsoffer als Mahnung an die Völkergemeinschaft, Vertreibungen zu ächten, sie zu verhindern und den Opfern zu ihrem Recht zu verhelfen. ■

Einhellige Kritik an Haushaltskürzungen

Zum Fachgespräch der CDU mit Spitzenvertretern deutscher entwicklungspolitischer Organisationen über Entwicklungspolitik am 10. September erklärte Generalsekretärin Angela Merkel:

Die CDU Deutschlands und die Spitzenorganisationen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit lehnen die geplanten massiven Einschnitte in den Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ab. Konsens bestand darüber, dass insbesondere die Träger nichtstaatlicher Entwicklungszusammenarbeit wie Kirchen, Nichtregierungsorganisationen und politische Stiftungen Leidtragende der Haushaltskürzungen werden würden.

Dies ist das wichtigste Ergebnis eines Spitzengesprächs, an dem auf Einladung von Generalsekretärin Angela Merkel Spitzenvertreter von 12 in der Entwicklungspolitik tätigen Organisationen sowie die Vorsitzenden des CDU-Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik, Armin Laschet MdEP, der Arbeitsgruppe Entwicklungspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus-Jürgen Hedrich MdB, und des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Jochen Borchert MdB, teilnahmen.

Angela Merkel betonte die hohe Bedeutung der Entwicklungspolitik für die CDU Deutschlands. Dies zeige sich an diesem erstmalig angesetzten Spitzengespräch, an dem 3. Berliner Gespräch am 15. September, das sich mit den Fragen der Weltbevölkerung befassen werde, und einem für

2000 geplanten entwicklungspolitischen Kongress der CDU Deutschlands.

Als weitere entwicklungspolitische Schwerpunkte nannte die Generalsekretärin eine Öffentlichkeit für Entwicklungspolitik zu schaffen, globale Zusammenhänge wie den von Entwicklungszusammenarbeit, weltweiter sozialer Marktwirtschaft und Sozialstandards aufzuzügeln, Projekte zu „Umweltschutz und Entwicklungspolitik“ zu erarbeiten und Konzepte für eine weltweite Siedlungspolitik zu entwickeln.

Bei dem CDU-Spitzengespräch zur Entwicklungspolitik waren vertreten:

- ▶ Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe (EZE)
- ▶ Bischöfliches Hilfswerk Misereor
- ▶ Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF)
- ▶ Carl Duisberg Gesellschaft (CDG)
- ▶ Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung (DES)
- ▶ Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
- ▶ Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG)
- ▶ Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS)
- ▶ Deutscher Entwicklungsdienst (DED)
- ▶ Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO)
- ▶ Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)
- ▶ Deutsche Welthungerhilfe (D.W.).

**Unsere
Elektronischen
Adressen:**

● INTERNET
<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE
*CDU#

● X 400
c = de; a = dbp;
p = cdu; s = bund

● E-MAIL: post@www.cdu.de

Gegen Förderung nach dem Roulette-Prinzip

Generalsekretärin Angela Merkel hat am 3. September den Bundesvorstand des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) zu einem Spitzengespräch in der CDU-Bundesgeschäftsstelle eingeladen.

Mit Blick auf das gemeinsame Wertefundament bekräftigte Angela Merkel den Wunsch, mit diesem Treffen die gegenseitigen Beziehungen zwischen CDU und BDKJ weiter auszubauen. Für den BDKJ nahmen Bundesvorsitzende Gaby Hagmans, Bundespräsident Rolf-Peter Cremer und Pressesprecher Markus Lahrman teil.

Themenschwerpunkte des Spitzengesprächs waren die aktuelle Jugendpolitik der Bundesregierung und das gesellschaftliche Ehrenamt. Generalsekretärin Merkel erklärte, dass der völlige Verzicht auf institutionelle Förderung zugunsten der Förderung von Modellprojekten und Initiativen eine falsche Weichenstellung bedeutete. Jugendhilfepolitik brauche keine Förde-

rung nach dem „Roulette-Prinzip“, sondern tragfähige Strukturen. BDKJ-Vorsitzende Hagmans betonte, dass „tragfähige Strukturen der Jugendverbandsarbeit die Voraussetzung für ehrenamtliches Engagement“ seien. Generalsekretärin Angela Merkel sicherte

Spitzengespräch CDU und BDKJ am 3. September in der CDU-Bundesgeschäftsstelle

mit Blick auf die grundlegende Bedeutung des Themas Ehrenamt für die CDU dem BDKJ die volle Unterstützung bei der gesellschaftlichen Aufwertung ehrenamtlicher Tätigkeit zu.

Die Generalsekretärin bot dem BDKJ-Bundesvorstand für die Zukunft regelmäßige Kontakte auf Arbeitsebene und in politischen Gremien an. Auch lud die den BDKJ dazu ein, künftig Anträge zur Familien- und zur Bildungspolitik in der Partei mitzudiskutieren.

Junge Frauen sind bei Hausarbeit besser dran als ihre Mütter

Nur elf Prozent der 16- bis 30-Jährigen müssen einer Umfrage zufolge den Löwenanteil der Hausarbeit alleine schaffen. Bei den über 30-Jährigen leisten dagegen noch 46 Prozent diese Arbeit ohne Hilfe.

Das ergab eine Umfrage des Hamburger Gewis-Instituts bei 1.057 Frauen im Alter zwischen 16 und 60 Jahren im Auftrag der Zeitschrift „Für Sie“. Ins-

gesamt werden der Studie zufolge fast 60 Prozent aller Frauen im Haushalt von ihrem Ehemann oder Lebensgefährten unterstützt. Mehr als ein Drittel berichteten, sie müssten die tägliche Hausarbeit nach wie vor zum größten Teil ganz allein bewältigen. Nur jede vierte Befragte freute sich, dass die Arbeit „bei uns zu Hause wirklich gerecht auf beide Partner verteilt ist“.

Beim Unterrichtsausfall liegt Nordrhein-Westfalen ganz weit vorne

In Deutschland fallen jährlich im Durchschnitt mehr als 70 Unterrichtsstunden pro Klasse aus. Wie aus einem Forschungsprojekt des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) hervorgeht, werden dadurch vor allem die Fächer Religion, Sport, Musik und Kunst sowie Sachunterricht in Mitleidenschaft gezogen.

Während in Bayern 2,2 Prozent des Soll-Unterrichts etwa durch Lehrer-Krankheit oder Klassenfahrten verloren gingen, seien es in Rheinland-Pfalz 2,5 Prozent, in Berlin 3,1 Pro-

zent, in Hessen 5,1 Prozent und in Nordrhein-Westfalen 6,7 Prozent, berichtete das IW in Köln.

Da nur Daten aus den genannten fünf Bundesländern erhältlich waren, basieren die bundesweiten Zahlen laut IW auf Hochrechnungen. Demnach fallen jährlich in Deutschland 52 Stunden pro Klasse wegen ungeplanter oder kurzfristiger Unterrichtsausfälle ins Wasser. Hinzu kämen rund 20 Jahres-Ausfallstunden, die geplant seien. Dabei handele es sich um Kürzungen des Stundenpensums wegen Lehrermangels.

Schulministerin Behler darf Unterrichtsausfall nicht weiter leugnen

„Schulministerin Behler muß endlich die Wirklichkeit zur Kenntnis nehmen und darf nicht weiter leugnen, dass in Nordrhein-Westfalen massiv Unterricht an den Schulen ausfällt. Sie muß aufhören, die Überbringer schlechter Nachrichten zu verunglimpfen. Statt dessen muss sie endlich wirksame Maßnahmen gegen den Unterrichtsausfall ergreifen.“ Das forderte der Generalsekretär der nordrhein-westfälischen CDU, Herbert Reul.

Sowohl ZDF-Recherchen sowie ein Forschungsprojekt des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW), belegten, dass in Nordrhein-Westfalen Unterricht in größerem Umfange ausfalle, so Reul weiter. Nach Untersuchungen des ZDF-Magazins „Mit mir nicht“ ist Nord-

rhein-Westfalen mit 6,8 Prozent Spitzenreiter beim Unterrichtsausfall. Eine Studie des IW kommt zu ähnlichen Ergebnissen. Danach fällt in Nordrhein-Westfalen 6,7 Prozent Unterricht aus.

„Die einzige, die das nicht wahrhaben will, ist Schulministerin Behler. Sie verfährt weiter nach dem Motto ‘Was nicht sein darf, das nicht sein kann’. Zu beklagen, die Untersuchung des ZDF sei unseriös, gleichzeitig aber alles zu unterlassen, um den tatsächlichen Unterrichtsausfall in Nordrhein-Westfalen festzustellen, ist doppelzünftig“, sagte Reul und erinnerte dran, dass die CDU durch eine Reihe von kleinen Anfragen versucht habe, dem wirklichen Unterrichtsausfall in Nordrhein-Westfalen ein Stück näher zu kommen.

Mit einem Klick alles auf einen Blick

Die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) verstärkt ihr Informationsangebot. Ab sofort ist Transparenz im Internet oberstes Gebot: Mit nur einem Klick erschließt sich die gesamte KAS-Welt. Wer die nächste Kultur-Konferenz in Berlin, Reden oder Fotos des jüngsten Europakongresses oder den neuesten Bericht aus Südostasien, Guatemala oder Kenia sucht – in der Rubrik KAS-Heute wird er direkt fündig. Alle Veranstaltungen der KAS, bundes- und weltweit findet man hier mit einem Klick auf einen Blick.

Seit 1996 ist die Konrad-Adenauer-Stiftung im Netz. 2.300 Dokumente sind zur Zeit abgespeichert. Die Nutzer dieser Informationen kommen zu

45 % aus Deutschland. Der Rest verteilt sich auf rund 70 Länder weltweit, die auf ihrer Suche nach aktuellen Analysen und solide recherchierten Hintergrundberichten aus aller Welt das Stiftungsangebot unter www.kas.de anklicken. Täglich steuern die Mitarbeiter der KAS-Auslandbüros (derzeit 78) neue Informationen bei. Analysen zu bevorstehenden oder stattgefundenen Wahlen liefern unsere Wissenschaftler aus dem Forschungsbereich. Neue Publikationen, Zeitschriften und andere Literaturhinweise finden Sie ebenfalls täglich neu.

Surfen Sie mit:
www.kas.de

Konrad
-Adenauer-
Stiftung

Umfrage: Frauen fordern mehr Ganztags-Kindergärten und -Schulen

82 Prozent der Frauen fordern mehr Ganztags-Kindergärten und -Schulen, um berufstätige Mütter zu entlasten. Das hat eine repräsentative Umfrage der Zeitschrift „Brigitte“ ergeben (Forsa-Institut, 1.000 Frauen im Alter von 18 bis 50 Jahren). 79 Prozent der Befragten wünschen sich flexiblere Arbeitszeiten.

Nahezu jede zweite Frau macht sich Sorgen um ihre berufliche Zukunft. 44 Prozent würden „jeden Job nehmen, Hauptsache ich habe überhaupt einen“ (46 Prozent der Westdeutschen und 34 Prozent der Ostdeutschen). 38 Prozent

(34 Prozent der Westdeutschen und 57 Prozent der Ostdeutschen) rechnen damit, „auch mal länger arbeitslos zu sein“. 22 Prozent sind der Meinung, dass das, was sie gelernt haben, bald nicht mehr gefragt sein wird, und 20 Prozent sind sich bewusst, dass „ohne Internet im Job bald gar nichts mehr läuft“.

Von ihren eigenen Fähigkeiten ist ein Großteil der befragten Frauen sehr überzeugt. 39 Prozent sagen: „Ich bin, bzw. wäre, eine gute Führungskraft.“ 29 Prozent möchten gern eine Zeit lang im Ausland arbeiten, 15 Prozent träumen von einer eigenen Firma.

ABC-Schützen immer schlechter auf die Schule vorbereitet

Lehrer schlagen Alarm: ABC-Schützen sind immer schlechter auf die Schule vorbereitet. In ihrer neuesten Ausgabe fragt die Familienzeitschrift FAMILIE&CO nach: Erfüllen Deutschlands Kindergärten ihre Aufgaben nicht?

Wenn Kinder in die Schule kommen, wird von ihnen eine Menge erwartet. Sie müssen sich konzentrieren können, eigene Wünsche zurückstellen, im Team arbeiten. Aber immer weniger Kinder sind ausreichend darauf vorbereitet, stellen Grundschullehrer fest.

Experten sehen die Gründe dafür in mangelnder Förderung im letzten Kindergartenjahr. Häufig werden kognitive, soziale und motorische Fähigkeiten gar nicht oder zu wenig trainiert.

Psychologen und Pädagogen kritisieren, dass viel zu oft moderne Erkenntnisse der Pädagogik nicht ernst genommen werden und Kindergartenarbeit wie zu Großmutterzeiten abläuft. Den Preis dafür zahlen die Kinder, denen in einer sensiblen Phase Entwicklungsmöglichkeiten vorenthalten werden.

Wir suchen zum nächst möglichen Zeitpunkt eine(n)

Geschäftsführer(in)/ Organisationsreferent(in).

Die/der Stelleninhaber(in) ist vorrangig mit folgenden Aufgaben betraut:

- umfassende organisatorische Betreuung der Arbeit der Jungen Union Hessen, einschließlich der Begleitung von Veranstaltungen, sowie der Organisation und Erledigung des laufenden Geschäftsbetriebes der Landesgeschäftsstelle.

Bewerber(innen) sollten ein abgeschlossenes Studium oder eine gute kaufmännische oder verwandte Ausbildung vorweisen können. Kenntnisse im Umgang mit Windows 95/NT, Office 97, sowie dem Internet sind

erforderlich. Erfahrungen mit der Verbandsarbeit der Jungen Union oder CDU wie auch eine abgeschlossene Ausbildereignungsprüfung sind erwünscht, aber nicht Voraussetzung. Die Position erfordert ein hohes Maß an Flexibilität und persönlicher Einsatzbereitschaft, sowie die Wahrnehmung von Terminen außerhalb der

regulären Arbeitszeit.

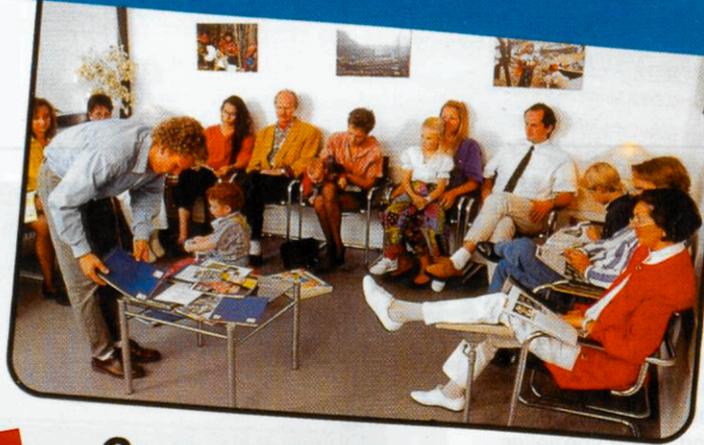
Ihre aussagekräftige Bewerbung mit Angabe des frühestmöglichen Eintrittstermins und ihrer Gehaltsvorstellung richten Sie bitte bis zum **29. September 1999** an:

29. September 1999 an:

**JU Hessen,
Frank Gotthardt,
Frankfurter Str. 6,
65189 Wiesbaden**

Junge Union
H E S S E N

GESUNDHEITSPOLITIK



NEU

Gesundheitspolitik IST VERTRAUENSACHE

Unser Gesundheitswesen muß leistungsstark und bezahlbar bleiben. Es ist auch ein Erfolg der Politik der Union, daß alle Patienten am medizinischen Fortschritt teilnehmen können. Niemand muß auf medizinische Leistungen verzichten. Patienten können den Arzt Ihres Vertrauens frei wählen. Und dennoch konnten die Beitragssätze zur gesetzlichen Krankenversicherung stabilisiert werden.

Die rot-grüne Bundesregierung schlägt mit ihrer „Gesundheitsreform 2000“ dagegen einen verhängnisvollen Kurs ein. Zentralismus und staatliche Bevormundung gängeln Ärzte und Patienten. Mangelverwaltung ersetzt eine bedarfsgerechte medizinische Versorgung. Das Solidarsystem im Gesundheitswesen wird zerstört. Verlierer der rot-grünen „Gesundheitsreform 2000“ sind die Patienten und die Versicherten.

● **Gesundheitspolitik ist Vertrauenssache** – Faltblatt

Die Gesundheitspolitik der CDU-geführten Bundesregierung hatte die Patientinnen und Patienten in den Mittelpunkt ihrer Reformpolitik gestellt. Rot-Grün will die Gesundheitspolitik dagegen wieder auf eine reine Kostendämpfungspolitik reduzieren. Dieses Faltblatt zeigt in kurzen Stichworten die eklatanten Fehler der rot-grünen Gesundheitsreform.

Bestell-Nr.: **2626** · Verpackungseinheit: 100 Expl. · Preis je 100 Expl.: 20,00 DM

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
53014 BONN
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.

● CDU-Beach-Volleyball

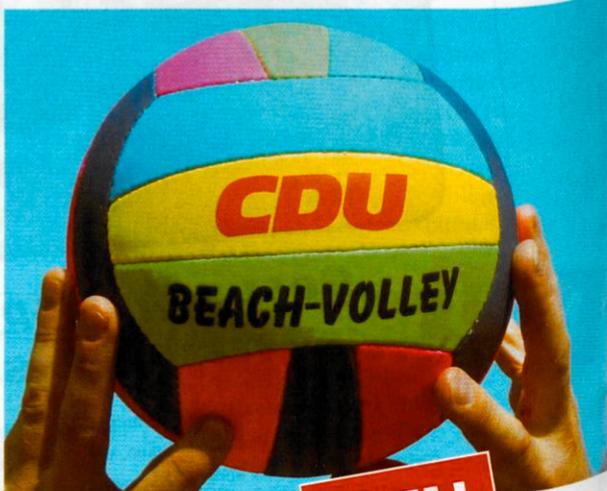
Der neue Beach-Volleyball der CDU wird ab sofort, wie abgebildet, in der neuen Gestaltung mit leuchtenden Farben ausgeliefert. Der Beach-Volleyball ist handgenäht und durch spezielles Obermaterial wasserfest. Er ist für alle Plätze geeignet.

Bestell-Nr.: **9158**

Verpackungseinheit: 1 Ball

Preis je Ball: 21,60 DM

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand



NEU

Bestellanschrift

Post: IS-Versandzentrum · Postfach 14 65 · 59306 Ennigerloh · Fax: 0 25 24/91 13 10

E-Mail: cdu-shop@bertelsmann.de · **Online:** www.cdu.de/infonet Webstore

Hinweis: Für den Zugang ins InfoNet benötigen Sie eine Zugangskennung. Info unter 0228/5 44-3 08

Alle Preise gelten zzgl. MwSt. und Versand. Ab einem Warenwert von 50,- DM werden keine Versandkosten berechnet. Eilzustellungen werden gesondert nach Aufwand in Rechnung gestellt.

UiD

28/1999

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (0228) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich, **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 60,- DM. **Einzelpreis** 1,60 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.